GEWERKSCHAFT UND KONJUNKTURPOLITIK

INAUGURALDISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

AN EINER

HOHEN STAATSWIRTSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER

LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT

MÜNCHEN

VORGELEGT VON

FREIHERR

SIEGFRIED VON WELSER

1928.

Referent:
Geheimrat Professor Dr. Adolf Weber

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorwort

Es sollte in der vorliegenden Arbeit nicht nur ein Bild davon gegeben werden, inwieweit es im Bereich gewerkschaftlicher Macht liegt, einen Einfluß auf Entwicklung und Verlauf der Konjunkturen zu gewinnen, vielmehr war es auch notwendig, darzulegen, welche theoretischen Vorstellungen von den Konjunkturen in Gewerkschaftskreisen herrschen, da diese Vorstellungen naturgemäß als letztes Motiv für gewerkschaftliche Konjunkturpolitik anzusehen sind. Wenngleich im Text verschiedene solcher theoretischer Vorstellungen erwähnt und zum Teil durch Textproben aus der Gewerkschaftspresse belegt sind, so wäre wohl ein vollständigeres Bild durch persönliche Fühlungnahme mit wirtschaftlich informierten Gewerkschaftsführern zu erzielen gewesen, vollständiger deshalb, weil die Gewerkschaftspresse auf ihren volkswirtschaftlich wenig gebildeten bezw. interessierten Leserkreis Rücksicht zu nehmen und an ihre propagandistische Bestimmung manches Zugeständnis zu machen hat. Vorwiegend berufliche Gründe hinderten mich daran, diese zuletzt erwähnte Ergänzung vorzunehmen, weshalb der Leser vorliegenden Heftchens Nachsicht üben möge.

Literatur

Zeitschriften:

Afa Bundeszeitung
Allgemeine Zeitung Chemnitz
Arbeitgeber Berlin
Berliner Börsenzeitung
Deutsche Allgemeine Zeitung
Deutsche Arbeit
Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz
Deutsche Zeitung
Der Deutsche
Der Gewerkverein
Die Arbeit
Die Internationale
Die internationale Gewerkschaftsbewegung Amsterdam
Gewerkschaftsarchiv Jena
Institut für Konjunkturforschung, Schriften des
Korrespondenzblatt des ADGB.
Münchener Neueste Nachrichten
Preußische Zeitung
Sozialistische Monatshefte
Reichsarbeitsblatt
Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Schriften des
Vorwärts, Berlin
Vossische Zeitung
Weltwirtschaftliches Archiv, Kiel
Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften

Bücher:

Auerbach N., Marx und die Gewerkschaften. Berlin 1922.
Brauer Th., Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft. Berlin 1921.
Brauer Th., Die Krisis der Gewerkschaften. Jena 1924.
Brauer Th., Gewerkschaft und Volkswirtschaft. Jena 1912.
Cassel Gustav, Sozialökonomie. Leipzig 1923.
Kautsky Karl, Karl Marx ökonomische Lehren. 1887.
Marx Karl, Das Kapital (Herausgegeben von Fr. Engels) Hamburg 1890.
Schumpeter J., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig 1912.
Spiethoff Arth., Krisen (Handwörterbuch d. Staatswissensch.) Jena 1925.
Weber Adolf, Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1921.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: 9
1. Was ist Konjunktur?
2. Welche Organe der Volkswirtschaft vermögen Einfluß auf die Konjunktur zu gewinnen?
3. Definition der Gewerkschaft
4. Die Gewerkschaft als Träger der Sozial- und Wirtschaftspolitik
5. Das gewerkschaftliche Monopol

Die theoretische Vorstellung der Gewerkschaften von der Konjunktur 17
1. Die Konjunktur im Lichte der marxistischen Betrachtungsweise
2. Anderweitige Betrachtungsweisen: radikalere und gemäßigte Anschauungen

Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Rahmen der Konjunkturpolitik 27
1. Gewerkschaftliche Lohnpolitik unabhängig von den Schwankungen der Konjunktur
2. Nach den Konjunkturschwankungen orientierte Lohnpolitik
3. Wirtschaftliche Einsicht und Mitwirkung an der Konjunktur unter dem Gesichtspunkt der Produktivität
4. Die heutige Stellung der Gewerkschaften und ihre Entwicklungstendenz

Die organisatorischen Einrichtungen zur Erkenntnis und Auswertung der Konjunktur 49

Streikstatistik und Konjunkturkurve 53

Einleitung

Was ist „Konjunktur"? Diese Frage wurde durch eine Reihe von Definitionen beantwortet. So definiert Dr. Adolf Löwe (Kiel, Weltwirtschaftl. Archiv, 24. Bd., Heft 2) „Man wird unter Konjunktur als empirischen Tatbestand die jeweilige Marktlage zu verstehen haben, wobei der Begriff »Marktlage« die Betrachtung auf das Zusammenwirken der einzelnen Elemente des Marktes lenkt, während der Zusatz »jeweilig« das Moment der Veränderlichkeit als bedeutungsvoll hervorhebt."

Mit einer solchen Definition ist, wie auch Löwe betont, nur der Tatbestand der Konjunktur gekennzeichnet, nicht aber das theoretische Problem. Löwe kennzeichnet letzteres als den „gesetzmäßigen Zusammenhang aller quantitativ bestimmbaren Faktoren innerhalb der jeweiligen Marktlage, sowie in der Aufeinanderfolge der Marktlagen".

Kann sich derjenige, der Einfluß auf die „jeweilige Marktlage" zu gewinnen vermag, also der Konjunkturpolitiker, mit der Definition der Konjunktur als „jeweiliger Marktlage" begnügen oder muß er sich die eben erwähnte theoretische Problemstellung zu eigen machen? Vor der Beantwortung dieser Frage sei zunächst eine zweite beantwortet: Was ist Konjunkturpolitik?

Unter Politik gemeinhin verstehen wir zweckbewußtes und machtgetragenes Handeln des Staates oder anderer Inhaber politischer oder wirtschaftlicher Gewalt; dieses Handeln richtet sich nach der jeweils gegebenen Lage. Bei der Konjunkturpolitik handelt es sich um Maßnahmen auf Grund der jeweiligen wirtschaftlichen Lage, der Marktlage. Konjunkturpolitik vermag auf die verschiedenste Weise getrieben zu werden. Schon eine bloße nach der veränderten Marktlage veränderte Stellungnahme können wir unter den Begriff Konjunkturpolitik einreihen, weiterhin alle diejenigen Maßnahmen,

die geeignet sind, Schäden, die ihre Ursache in den Konjunkturschwankungen haben, zu beseitigen oder zu bekämpfen, endlich jene Tätigkeit, die Einfluß auf Entwicklung und Verlauf der Konjunktur nehmen will und jene, die darin gipfelt, die Wurzeln der Konjunkturbewegung zu erfassen, um diese Bewegung zu dämpfen oder gar zu beseitigen.

Derjenige Träger der Konjunkturpolitik, dessen Tätigkeit sich darauf beschränkt, im Rahmen seiner wirtschaftlichen Handlungen Stellung zur jeweiligen Marktlage zu nehmen oder derjenige, der wie schon erwähnt, nur Schäden zu mildern im Sinne hat, kann das theoretische Problem der Konjunktur beiseite lassen und sich begnügen mit den Kenntnissen vom empirischen Tatbestand der Konjunktur.

Gustav Cassel schreibt in seiner „Sozialökonomie" in dem die Konjunkturbewegung behandelnden Abschnitt (S. 478) „es soll systematisch untersucht werden, welche einzelnen Veränderungen die Volkswirtschaft unter dem Wechsel zwischen Auf- und Niedergangsperioden durchmacht. Dieses systematische Studium der wirtschaftlichen Bewegungen wird uns Schritt für Schritt einen tieferen Einblick geben in die Natur der Konjunktur und in den Ursachenzusammenhang zwischen den verschiedenen Faktoren, die die Wellenbewegung der Volkswirtschaft bestimmen und gleichzeitig von dieser Bewegung bestimmt werden". „Cassel erklärt demnach (Ad. Löwe) überhaupt nicht die Existenz der Konjunkturschwankungen, sondern er beschränkt sich auf die Herausarbeitung ihres Idealtypus, sowie auf die Feststellung, wie sich gewisse statische Prinzipien in der Dynamik auswirken."

Eine Konjunkturtheorie dieser Art oder besser eine solche geschlossene Darstellung des Konjunkturverlaufes mag auf die Dauer dem Wissenschaftler als ungenügend erscheinen, da er vergebens nach den letzten Ursachen, nach dem Anstoß zur Konjunkturbewegung sucht; dem Konjunkturpolitiker, besonders demjenigen, dem eine der erstgenannten drei Typen entspricht, kann eine solche Darstellung als Basis für sein wirtschaftspolitisches Handeln genügen. Ausgenommen hiervon sei der von mir letztgenannte Typ des Konjunkturpolitikers, der das Übel an den Wurzeln zu fassen suchen will.

Wer ist Träger der Konjunkturpolitik? Alle mit politischer oder wirtschaftlicher oder politischer und wirtschaftlicher Macht ausgestatteten Subjekte vermögen Träger zu sein. In erster Linie sei der

Staat genannt, der als Inhaber der „Diskontgewalt", sowie durch seine Austattung mit weitgehender politischer und anderweitiger wirtschaftlicher Macht zur Leitung der Konjunkturpolitik berufen erscheint. Dann folgen Verbände der verschiedensten Art, öffentlichrechtliche und privatrechtliche, solche, die die Interessen einer Klasse oder solche, die nur die Interessen einiger wenigen Wirtschaftssubjekte zu vertreten suchen, endlich, wenn auch selten, kann der Einzelwirtschaftler zur Teilnahme an der Konjunkturpolitik berufen sein.

Auch die Gewerkschaften zählen zu den Trägern der Konjunkturpolitik. Diese Tatsache geht nicht ohne weiteres aus dem Wesen der Gewerkschaft hervor. „Die Gewerkschaften sind", so definiert Adolf Weber, „die dauernden Interessenvertretungen und Kampforganisationen von Lohnarbeitern und Angestellten des gleichen Berufs, die innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung die Arbeitsbedingungen sichern und bessern wollen". Ähnlich definiert Brauer, und Pohle will die Arbeiterkoalitionen ebenso wie die Verbände der Unternehmer dem Wesen nach den Monopolbildungsbestrebungen zuteilen, wonach wir es also mit kartellähnlichen Bildungen der Arbeiterschaft zu tun hätten.

Wirtschaftlich betrachtet sind die Gewerkschaften Zusammenschlüsse bestimmter Berufsschichten, die dank einer gewissen Machtstellung befähigt sind, Einfluß auf den Produktionsfaktor Arbeit zu gewinnen. Diese Einflußnahme besteht entweder in einer künstlichen Verknappung der vorhandenen Arbeitskräfte oder aber in einer geeigneten Ausbildung und Zuführung von Arbeitskräften an Stellen, wo ein gesteigerter Bedarf an solchen besteht. Die Einflußnahme der ersteren Art, künstliche Verknappung des Produktionsfaktors Arbeit, kann in zweifacher Weise vor sich gehen, entweder direkt durch Streiks oder indirekt durch übermäßige Lohnforderungen, die einer Reihe von Grenzbetrieben die weitere Einstellung von Arbeitskräften unmöglich machen.

Unter Lohnpolitik verstehen wir alle planmäßigen Eingriffe in die Bedingungen der Lohnbildung, durch welche Regelung der Lohnhöhe bezweckt wird. Eine solche Regelung kann eine Begrenzung der Lohnhöhe nach oben, die Sicherung einer bestimmten Lohnhöhe oder die Erhöhung des Lohnes über die gegebene Größe hinaus beabsichtigen (Philippowich II, S. 261). Die angeführten drei Ziele der Lohnpolitik suchen je nach Bedarf die Gewerkschaften zu verwirklichen. Von der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zu einer

Konjunkturpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes bleibt aber immer noch ein weiter Weg, dessen Beschreitung auch heutigen Tages noch nicht in allen Gewerkschaftskreisen als notwendig anerkannt wird. Neben der Lohnpolitik geben die Arbeitsmarktpolitik und die Gestaltung der Arbeitszeit nicht nur Gelegenheit um Wirtschaftspolitik, sondern auch um Konjunkturpolitik zu betreiben. Um die Lohnpolitik gruppiert sich das weitere Gebiet der Sozialpolitik. Bei der Betrachtung gewerkschaftlicher Konjunkturpolitik können wir dieses letztere Gebiet nahezu außer Acht lassen, da einerseits die Gestaltung der Lebenshaltung des Arbeiters eine Frage der Lohngestaltung ist, andererseits Gebiete der Sozialpolitik, die keinen Zusammenhang mit der Lohnfrage aufweisen, auch in keinen direkten Beziehungen zu den Konjunkturschwankungen stehen.

Nachdem wir auf die Tatsache hingewiesen haben, daß die Gewerkschaft, einer der Träger der Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht notwendig, aber häufig auch Träger eines Teiles der konjunkturpolitischen Maßnahmen innerhalb der Volkswirtschaft ist, drängt sich uns die Frage auf, auf Grund welcher Tatsachen die Gewerkschaften wirtschaftspolitische und somit auch konjunkturpolitische Handlungen vorzunehmen befähigt sind. Die Frage der Berechtigung soll hier nicht bezw. nur nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden.

Ein Subjekt, welches Wirtschaftspolitik mit Erfolg betreiben will, wird sein Ziel nur erreichen können, wenn es eine Reihe von Machtmitteln in Händen hat, die geeignet sind, wirtschaftspolitischen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen oder, wenn es den Schutz einer anderen Gewalt genießt, die über solche Machtmittel verfügt.

Worin bestehen diese Machtmittel und wodurch vermögen sie wirksam zu werden?

Das wichtigste und bei weitem am häufigsten zur Anwendung gelangende besteht in der gewaltsamen Entziehung oder Vorenthaltung der Arbeitskraft, im Streik. Neben dem Streik kennen die Gewerkschaften noch ein weiteres Machtmittel, die Entziehung der Kaufwilligkeit. Während der Streik eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses bedeutet (Bernstein) bedeutet als weiteres Machtmittel die Betriebssperre: „Die Verhinderung des Zuzugs von Arbeitskräften zum Nachteil eines Arbeitgebers der seinen Arbeitern nicht genügend entgegenkommt, ohne daß diese deshalb den Streik er-

klären wollen." (Adolf Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit). Die Arbeitssperre kann stiller und offener Art sein. Gegenüber dem Streik, als dem wichtigsten Machtmittel, ist die Betriebssperre sowohl wie die schon erwähnte Entziehung der Arbeitswilligkeit von untergeordneter Bedeutung. Letztere, „als Maßnahme im Kampf zwischen Kapital und Arbeit, äußert sich hauptsächlich in einer organisierten Kundschafts- und Absatzentziehung, um durch den Schaden, welcher dadurch den Unternehmern und Geschäftsleuten entsteht, auf diese zwecks Erlangung von Vorteilen oder Beseitigung von Mißständen einen Druck auszuüben". Zu unterscheiden ist hier zwischen direktem und indirektem Boykott. Ebenso wichtig als die angeführten Machtmittel selbst sind die Voraussetzungen, unter denen sie wirksam zu werden vermögen bezw. die Voraussetzungen, unter welchen sie als solche anerkannt werden und den Hintergrund für ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Handeln zu bilden vermögen.

Diese Grundlagen ließen sich in zwei verschiedene Gruppen einteilen, in eine solche, die im Wesen der Gewerkschaften oder ihrer Stellung in Staat und Gesetz selbst begründet ist, ferner in eine solche, wie sie sich aus wirtschaftlichen Zusammenhängen und Beziehungen ergibt. In erster Linie sei auf die viel umstrittene Monopolstellung der Gewerkschaften hingewiesen. Was haben wir unter dem Wort Monopolstellung zu verstehen und wo findet diese ihre Grenzen? Die gewerkschaftliche Monopolstellung ist politischer sowohl als wirtschaftlicher Art. Die politische, ihrer Natur nach leichter zu umreißen als die wirtschaftliche, besteht darin, daß der Staat den Gewerkschaften das Monopol der alleinigen Arbeiterinteressenvertretung verlieh. Der Staat sicherte somit den Gewerkschaften den Zustrom aller derjenigen Arbeiter, die ihre Interessen im Reichswirtschaftsrat vertreten sehen wollten und hoffen konnten, auf diesem Wege Einfluß auf die sozialpolitische und arbeitsrechtliche Gesetzgebung zu erlangen. Hierzu gesellte sich die Einräumung des Rechtes der Arbeitsvermittlung an die Gewerkschaften, ein Recht, welches den gewerkschaftlichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt festlegt und vergrößert und besonders in Hinsicht auf die Wirtschaftspolitik die Bedeutung der Gewerkschaft erweitert. Das politische Monopol bildet einen nicht unwesentlichen Faktor des Wirtschaftlichen, indem es einerseits die Zuführung der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften erleichtern hilft, andererseits die Gewerkschaften einen Rückhalt in der Autorität des Staates für ihr wirt-

schafts- und sozialpolitisches Handeln finden. Wenn wir an dieser Stelle von der wirtschaftlichen Monopolstellung der Gewerkschaften sprechen, so bedarf es einer Erläuterung dieses Begriffes, besonders, da die Tatsache einer Monopolstellung, ja selbst nur des Anstrebens einer solchen durch die Gewerkschaften ein umstrittenes Gebiet ist. Eine umfassende Monopolstellung wäre beispielsweise darin zu erblicken, daß in einer Gewerkschaft die gesamte Arbeiterschaft zusammengefaßt sei. Wirtschaftlich hätte dies zu bedeuten, daß der Produktionsfaktor Arbeit an einer Stelle zusammengefaßt wäre, der Preis der Arbeitskraft von der Leitung der „Gesamtgewerkschaft" festgesetzt würde und ein gewisser Anteil am Produktionsgewinn der zusammengeschlossenen Klasse der Arbeiterschaft gesichert würde. Von dieser Utopie ausgehend, vermögen wir am besten die Grenzen zu erkennen, die einer Monopolisierung des Faktors Arbeit im Wege stehen. Es leuchtet ohne weitere Erklärung ein, daß eine monopolartige Festsetzung des „Arbeitspreises" nicht unabhängig von der Konjunktur, also von der Gesamtheit jener Beziehungen geschehen könnte, die die Marktlage darstellen. Produktivität, Kapitalbildung, Technik, Inlands- und Auslandsabsatz usw. stehen in so enger Wechselwirkung zum Produktionsfaktor Arbeit, daß dessen einseitige Manipulierung in unserer heutigen Wirtschaftsform undenkbar ist. Kurz gesagt, auch die Arbeit unterliegt den wirtschaftlichen Gesetzen. Wie steht es weiterhin mit dem einheitlichen Zusammenschluß der Arbeiterschaft? Heute sind die Gewerkschaften in Deutschland beruflich gegliedert und die einzelnen Gruppen gleichartiger Berufe zu Zentralverbänden zusammengeschlossen. Unter dem Gesichtspunkt gleicher politischer Anschauung vereinigten sich Arbeiter und Angestellte zu drei Spitzenorganisationen. Sehen wir von der Dreiteilung ab, so scheint in diesen Spitzenverbänden immerhin die Grundlage für eine einheitliche Wirtschaftspolitik gegeben. Tatsächlich bewirkt die Zusammenfassung von gelernten und ungelernten Arbeitern, von Berufs- und Industrieverbänden, „daß von einer einheitlichen Politik nicht mehr die Rede sein kann, sondern, daß sich nur noch gewisse Tendenzen feststellen lassen." (Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit). Auch für den Fall, daß nur ein Teil der Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert ist, können wir noch gewisse Monopolbestrebungen feststellen. Sie werden gekennzeichnet durch die Verschärfung des Gegensatzes von organisierten und nicht organisierten Arbeitern. Pohle (Die gegenwärtige Krise in der deut-

schen Volkswirtschaftslehre, zitiert in Brauer: Gewerkschaft und Volkswirtschaft) scheint die Monopolbestrebungen dahin aufzufassen, daß die Gewerkschaften sich bemühen, für die organisierte Arbeiterschaft monopolartige Arbeitsverhältnisse zu erzielen oder anders, daß die Gewerkschaften versuchen, ein Monopol des Angebots zu schaffen. Dadurch, daß alle Produzenten der Ware Arbeit sich in der Gewerkschaft über das Angebot einigen, heben sie die Vertretbarkeit der von ihnen produzierten Ware Arbeit auf. Denn die Vertrustung der Ware Arbeit, nämlich die Vereinigung aller Arbeitsproduzenten in den Gewerkschaften, sorgt dafür, daß niemand mehr da ist, der ihre Produktionsleistungen vertreten könnte. (Die Grenzen des Streiks, Münchener Neueste Nachrichten, 79. Jahrgang, Nr. 183). Dies wäre als Idealtyp gewerkschaftlicher Monopolstellung zu bezeichnen. In der Erkenntnis, daß die Arbeit ebenfalls dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt, kann eine gewerkschaftliche Monopolstellung nur auf die Dauer Erfolg haben, wenn die Zahl nichtorganisierter Mitbewerber in gewissen Grenzen gehalten wird, sodaß nicht von ihrer Seite ein Lohndruck erfolgt. Praktisch verwirklicht wird dies Streben durch Beschränkung in der Ausbildung des Nachwuchses an Arbeitskräften mit dem Erfolg, daß das Angebot an gelernten Arbeitskräften sinkt. Die Erfolgsmöglichkeit eines solchen Handelns findet möglicherweise ihre Grenzen in der sinkenden Produktivität, da ein zu geringes Angebot an gelernten Arbeitskräften eine Auslese je nach Eignung erschwert. Auch liegt es nicht im Machtbereich der Gewerkschaften, die Zahl ihrer Mitglieder zu bestimmen bezw. die gesamte Arbeiterschaft in ihren Verbänden zusammenzufassen. Es sei nur auf die Mitgliederverluste hingewiesen, welche die Gewerkschaften im Laufe des Jahres 1924 erfuhren. So büßten die christlichen Gewerkschaften in diesem Jahre über 20 Prozent ihrer gesamten Mitglieder und die freien Gewerkschaften über 30 Prozent ein. (Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, Jahrg. 1925, Nr. 23).

Die Frage der Produktivität wird noch in dem die gewerkschaftliche Lohnpolitik und ihre Beziehungen zur Konjunktur behandelnden Abschnitt gemäß ihrer außerordentlichen Wichtigkeit behandelt werden. Wir sehen in ihr eine der Hauptgrenzen gewerkschaftlicher Macht. Das gewerkschaftliche Monopol ist infolge der eigenen Natur der Arbeit, die nur mit wesentlichen Einschränkungen und großer Vorsicht als „Ware" bezeichnet werden darf, kein Monopol derart, wie es beispielsweise Kartelle der Produzenten inne zu

haben vermögen. Der grundlegende Unterschied zwischen Kartellen der Arbeiterschaft und der Produzenten wird gekennzeichnet durch den Satz: (Adolf Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit) „Ein künstlich vermindertes Warenangebot durch die Kartelle bedeutet in der Regel nur eine Verschiebung der Produktion; ein künstlich vermindertes Angebot von menschlicher Arbeitskraft hat dagegen eine dauernde Produktionsverminderung zur Folge."

Was die gewerkschaftliche Macht in den Schwankungen der Konjunktur anbelangt, so bedingt eine Periode des Konjunkturanstiegs keinesfalls immer eine Verstärkung gewerkschaftlicher Macht, aus den an späterer Stelle näher ausgeführten markttechnischen Gründen; vielmehr können sich gegebenenfalls folgende Gegenwirkungen in der Volkswirtschaft bemerkbar machen, die ich in fünf Punkten zusammenfassen möchte.

1. Die Zahl der Arbeitslosen deckt bei einem Konjunkturaufschwung für längere Zeit das Bedürfnis an Arbeitskraft.

2. Die Landbevölkerung bildet eine industrielle Reservearmee. (Cassel).

3. Innerhalb der kapitalproduzierenden- und der nichtkapitalproduzierenden Industrie vermag ein Ausgleich an Arbeitskräften stattzufinden, wenn der Konjunkturaufschwung in einem Industriezweig besonders günstige Löhne verspricht.

4. Für gewisse Erwerbszweige, wie Landwirtschaft und Baugewerbe, kann in Zeiten der Hochkonjunktur ein Zustrom aus dem Ausland einsetzen, wodurch die Angebotsseite auf dem Arbeitsmarkt vergrößert wird. (Diesen Punkt führe ich nur zur Vollständigkeit an, da heutigentags zur Verhinderung eines solchen Zustroms internationale gewerkschaftliche Abmachungen getroffen werden, auch wirken hier hemmend politische Abmachungen sowohl, wie die Frage der Unterbringung der Arbeiter).

5. Bei einer gewaltsamen Überspannung der Löhne durch die Gewerkschaften und einer hierdurch verursachten Teuerung sucht der Käufer Befriedigung im wohlfeileren Ausland. Somit wird die Inlandsnachfrage gemindert, der ausländische Arbeiter im Ausland beschäftigt und in der Folge die gewerkschaftliche Macht im Inland herabgesetzt, da ein verhältnismäßiges Überangebot an Arbeitskräften im Inland entsteht. Verbunden wäre dieser Vorgang zugleich mit einer wirtschaftlichen Schädigung des Inlandes.

Die theoretische Vorstellung der Gewerkschaften von der Konjunktur

Über die Tatsache der Konjunkturschwankungen, über die Tatsache einer erhöhten Kapitalgüterproduktion und Nachfrage nach Arbeitskräften zu Zeiten des Aufschwunges, eines Steigens des Zinsfußes zur Zeit des Umschwunges, sowie über die Erscheinungen der Depressionsperiode wird schwerlich noch ein ernsthafter Streit entstehen können. Um so mehr aber teilen sich die Meinungen über die Ursache dieser Wellenbewegung in der Volkswirschaft. Zum Teil sind jene Meinungen auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem engeren Gebiet der Volkswirtschaft oder dem weiteren der Weltwirtschaft gewachsen, teils liegt den mannigfaltigen Ansichten eine politische oder eine Weltanschauung zugrunde.

Ein Teil der Meinungen nimmt die Konjunkturschwankungen als gegebene, unabänderliche Tatsache hin, die eben infolge höherer wirtschaftlicher Gesetze, auf welche der Mensch auf die Dauer keinen Einfluß zu gewinnen vermag, nicht mit Erfolg in ihren Wurzeln zu bekämpfen ist. Eine andere Einstellung zum Wechsel der Konjunkturen wäre die, welche das Phänomen der Konjunkturschwankungen durch das Bestehen eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Systems zu erklären sucht und mit einer Änderung dieses Systems auch die Ursache jener Schwankungen zu beseitigen hofft. Andere wiederum sind der Meinung, innerhalb des gegebenen Wirtschaftsystems durch Teilaktionen Einfluß auf den Konjunkturverlauf nehmen zu können, erkennen also in diesem wohl etwas in seiner Gesamtheit Unabänderliches an, sind aber der Ansicht, daß durch Änderung des einen oder anderen Faktors auch das Gesamtprodukt zu ändern sei.

Neben dem Staate selbst bestehen, worauf schon in der Einleitung hingewiesen wurde, einige andere Träger der Wirtschaftspolitik oder besser gesagt: Träger eines Teiles der Wirtschaftspolitik; zu diesen letzteren zählen auch die Gewerkschaften. Bei jedem Wirtschaftspolitik treibenden Subjekt oder bei jeder solcher Körperschaft wird ebensogut wie eine gewisse politische Einstellung auch eine solche wirtschaftlicher Art vorauszusetzen sein, welche den Hintergrund für wirtschaftspolitisches Handeln gibt und die Richtlinien dieses Handelns bestimmt. Wie ganz allgemein von wirtschaftlichem Geschehen, so wird auch über Entstehung und Verlauf der Konjunktur bei den Trägern wirtschaftspolitischer Macht ein Bild der Ursachen und Zusammenhänge entstehen, welches bestimmend für die konjunkturpolitischen Maßnahmen wird.

Gibt es eine gewerkschaftliche Konjunkturtheorie? Die Frage wird in dieser Form zu verneinen sein. Sehr wohl können wir aber von gewissen Anschauungen und Gedankengängen die Konjunkturbewegung betreffend sprechen, aus welchen konjunkturpolitisches Handeln fließt. Typisch für diese Gedankengänge, die sich nur selten zu geschlossenen Theorien formen, ist einerseits ihre außerordentliche Verschiedenheit in der Betrachtungsweise wirtschaftlicher Zusammenhänge, andererseits ihre Übereinstimmung in bestimmten Punkten? Wo mag die Ursache hierfür zu finden sein?

Besteht auch die Möglichkeit, für die Gewerkschaft unter dem Gesichtspunkt ihres Zweckes eine treffende Definition zu finden und ist dies auch mit Erfolg geschehen (es sei hier auf die Einleitung verwiesen), so bedeutet das Wort Gewerkschaft dennoch nichts weniger als eine organische Einheit. Es sei hier nur auf die schon nach außen hin zutage tretende Zersplitterung der Gewerkschaften Deutschlands in drei Hauptlager hingewiesen, in jenes der Freien Gewerkschaften, jenes der Christlichen und in jenes des „Verbandes der deutschen Gewerkvereine" (Hirsch-Dunkersche). Grundsätzlich verschiedene politische, ja Weltanschauungen trennen diese drei Lager. Auch die Gewerkschaft im Innern darf nicht ohne weiteres als organische Einheit angesprochen werden. Auf der einen Seite der Arbeitnehmer, der mit dem Wunsch und der Hoffnung auf Hebung seiner materiellen und sozialen Lage die Gewerkschaft aufsucht. Auf der anderen Seite der Gewerkschaftsführer, der berufen ist, den gemeinsamen Willen der Arbeitnehmer zu verkörpern und durch sein Handeln den gemein-

samen Wünschen gerecht zu werden sucht. Soweit scheint die Gewerkschaft im Innern ein geschlossenes Gebilde. Tatsächlich gehen häufig Arbeiter und Gewerkschaftsführer verschiedene Wege, nicht nur verschiedene Wege, sondern sie haben auch unterschiedliche Ziele vor Augen. Hier das Werben des Gewerkschaftsführers um den Arbeiter, um ein Mitglied mehr für die Gewerkschaft oder die hinter ihr stehende politische Partei, deren Macht mit jedem neu gewonnenen Arbeiter wächst. Dort das Streben zur Erlangung persönlicher Vorteile, nur selten dank agitatorischen Einflusses durch das Streben nach Klassen oder Standesmacht ergänzt. Oder, hier der Gewerkschaftsführer, welcher bald in zähem Ringen, bald auf dem Wege der Verständigung auf wirtschaftlicher Grundlage der Masse der Arbeitnehmer Vorteile zu verschaffen erhofft, dort der Arbeiter, der, da er keinen augenblicklichen Erfolg seiner Wünsche in Bezug auf seine wirtschaftliche Lage eintreten sieht, die Gewerkschaft zu verlassen und somit zu schwächen droht, oder der Arbeiter, der in der Gewerkschaft einen machtvollen Schutz erhofft und die besten Kräfte in parteipolitischen Streitigkeiten vergeudet sieht.

Wo vermag auf diesem schwanken Boden eine umfassende logische Anschauung wirtschaftlicher Vorgänge zu wachsen? Sicherlich nicht auf der Seite des Arbeitnehmers, dessen unendlich variierte Anschauung von der Wirtschaft für uns an dieser Stelle nicht in Betracht kommt, und dessen Anschauung sich häufig als ein mehr oder minder gelungenes Nachbild derjenigen Meinungen erscheint, die in der Gewerkschaftspresse oftmals wiederholt, dazu bestimmt sind, Gemeingut aller Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Beim Gewerkschaftsführer und in der Gewerkschaftspresse werden wir demnach nach Konjunkturtheorien zu forschen haben, welche den Ausgangspunkt für diejenigen Maßnahmen bilden, die wir schlechthin als Konjunkturpolitik zu bezeichnen pflegen.

Beginnen wir mit den Theorien, welche sich die marxistische Betrachtungsweise zu eigen gemacht haben und schweifen wir von dort aus in radikalere und unternehmerfreundlichere Lager. Im Lichte des Marxismus sind die Wellenbewegungen der Konjunktur eine Erscheinung der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnung, eine Erscheinung, die einzig und allein durch den Kapitalismus bedingt sei, eine Beseitigung dieser Ordnung würde eine Reduktion der Konjunkturschwankungen auf ein geringes Maß, wenn nicht ihr völliges Verschwinden nach sich ziehen. Eine solche Betrachtungsweise gibt uns jedoch nur ein Bild vom Wesen der

Konjunktur, nicht aber eigentlich von den Ursachen und Wirkungen, ist also nicht als Konjunkturtheorie zu bezeichnen. Erst wenn eine Reihe von Tatsachen aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herausgegriffen als Ursache der Schwankungen bezeichnet und der hierdurch bedingte Verlauf der Konjunktur klargelegt wird, können wir von einer Konjunkturtheorie sprechen.

Als Konjunkturpolitik radikalster Art können wir jene bezeichnen, die auf dem Wege der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einen Einfluß auf die Konjunkturschwankungen zu gewinnen hofft. Ein solches Streben kann uns an dieser Stelle als „Konjunkturpolitik" nicht interessieren, da die Gewerkschaft zwar ihrem Wesen nach ein Kampforgan ist, aber dennoch ihre Tätigkeit sowohl als ihre Entfaltung auf dem Boden des Kapitalismus stattgefunden hat und stattfindet. Welches ist aber nach der Lehre von Marx die Stellung der Gewerkschaften zum Kapitalismus?

Will auch der Marxismus in seiner radikalsten Form den revolutionären Umsturz der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform, weil er hierin den einzig möglichen Weg zur dauernden sozialen materiellen und sittlichen Hebung des Proletariats und das Wohl der Gesamtbevölkerung eines Landes erblickt (Auerbach), so wird durch diese Anschauungsweise das Bestehen der Gewerkschaften noch nicht begründet. Nehmen diese trotzdem eine Stellung in der marxistischen Lehre ein, so ist diese vorwiegend vorbereitender und vorübergehender Art. Die Gewerkschaften sind Organe, deren Wirken Stufen zum Ziel der proletarischen Revolution sind; aber in der Einräumung ihrer Notwendigkeit liegt auch eine gewisse Resignation des Marxisten, der den Zeitpunkt des endgültigen Umsturzes noch in weiter Ferne sieht und die Notwendigkeit erkannt hat, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dem Arbeiter solange ein erträgliches Dasein zu erkämpfen, als eben jene Wirtschaftsordnung noch besteht. Die Mehrzahl der Gewerkschaftler würde heute die Zumutung zurückweisen, daß die Gewerkschaft ihr Endziel in der Zersetzung der bestehenden Staatsform sehe. Wohl blieb die Kampfstellung der Gewerkschaft bestehen, aber zu gleicher Zeit entwickelte sich immer mehr der Gedanke der Standwerdung der Arbeiterschaft auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft. Allmählich wurde die Gewerkschaft zum wirtschaftlich und zum wirtschaftspolitisch relevanten Faktor der Volkswirtschaft. Marx selbst hat die Stellung der Gewerkschaften im Gebäude seiner Theorie festgelegt in Verbindung mit seiner Wert-, Mehrwert- und

Lohntheorie sowohl wie in seinen Betrachtungen über die industrielle Reservearmee und die Produktivität der Arbeit in „Lohn, Preis und Profit". Gemäß dem Marx'schen System sind die Gewerkschaften „nicht nur möglich, sondern sie sind notwendig, denn nur sie können den Verkauf der Ware Arbeitskraft so regeln, daß trotz der entgegenwirkenden Tendenzen der kapitalistischen Produktion in den ständigen Schwankungen des Marktes der Wert der Arbeitskraft sich durchsetzt" (Auerbach, Marx und die Gewerkschaften).

Wie es eine solche Einstellung der Gewerkschaften erfordert, wird der Gewerkschaftler auch gezwungen sein Stellung zu nehmen zu den mannigfaltigen Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Steht er auf dem Boden der marxistischen Lehre, so findet er hier zum mindesten einen Rahmen für eine dieser Lehre entsprechende Konjunkturtheorie.

Spiethoff schreibt über die Theorien des verflossenen Jahrhunderts betreffend die Schwankungen im Wirtschaftsleben: Die Lehre der wirtschaftlichen Wechsellagen hat die einzelnen Abschnitte wie den Kreislauf zu erklären. Eine so umrissene Aufgabe ist erst in den letzten Jahrzehnten in Angriff genommen worden. Die große Menge der älteren Krisentheorien beschäftigt sich allein oder doch vorzugsweise mit der Übererzeugung oder Stockung". Marx hat den Anhängern seiner Lehre nur einige Handhaben für eine nachträgliche Konstruktion einer Konjunkturtheorie in seinem Sinne gegeben. Er selbst schuf in dieser Hinsicht kein geschlossenes System, sondern griff die Periode der Depression aus dem Gesamtverlauf heraus. Ganz allgemein gehen (nach Spiethoff) bei Marx die Krisen wesentlich aus den Widersprüchen hervor, welche zwischen Rentabilitätsinteressen des Privatkapitals, Wachstum der gesellschaftlichen produktiven Kräfte und Einkommensverteilung vorhanden sind. Zwar wurden Disproportionalitäten verschiedenster Art zwischen den einzelnen Produktivkräften der Volkswirschaft bis in die neueste Zeit von Konjunkturtheoretikern als Ursache der Schwankungen angeführt, suchen wir aber nach einzelnen, präzisierten Begründungen, so zeigt sich uns erst die große Schwierigkeit, ein klares Bild von der Marx'schen Ansicht über die Konjunkturbewegung zu erlangen. In der Marx'schen Lehre ist keine geschlossene Theorie der Konjunkturschwankungen enthalten, deshalb wird eine aus seiner Lehre abgeleitete Konjunkturtheorie stets Stückwerk bleiben und den subjektiven Stempel des Ableitenden tragen.

Finden wir einerseits die Unterkonsumtion der großen Masse der Arbeiter als Grund für die Krisen angeführt, so sagt Marx an anderer Stelle wiederum, daß es falsch wäre, den Unterkonsum als den alleinig Schuldigen an der Krise anzusprechen und führt als Beweismittel für diese letztere Behauptung an, daß zu Zeiten des Aufschwunges, zu welchen die Löhne eine Steigerung erführen, der nunmehr mögliche Mehrkonsum der Arbeiterschaft in keiner Weise in der Lage sei, die drohende Krise zu verhindern oder zu dämpfen. Mit Recht weist Spiethoff darauf hin, daß Marx hier das Problem der Preisbildung zu unrecht aus dem Spiele läßt, denn es ist eine Tatsache der Erfahrung und als solche nicht zu leugnen, daß zu Zeiten des Aufschwunges auch die Preise steigende Tendenzen aufweisen, der mögliche Mehrkonsum der Arbeiterschaft sich deshalb in niedrigen Grenzen halten wird, da der Reallohn schließlich den Ausschlag für Konsum oder Nichtkonsum bildet.

Gerade diese Theorie vom Unterkonsum, der ich an anderer Stelle noch eine Kritik in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik folgen lassen werde, hat in radikaleren Gewerkschaftskreisen und insbesondere in der Presse der freien Gewerkschaften Anklang gefunden und wurde zu ungezählten Malen dem Leser eindringlich wiederholt, da sie einerseits einen günstigen Boden für eine um die jeweilige Wirtschaftslage unbekümmerte Lohnpolitik bildet, andererseits für den Gewerkschaftsführer wichtige agitatorische Momente enthält. Unschwer vermag der geschickte Agitator den Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Forderung höherer Löhne dem Arbeiter ein menschenwürdigeres Dasein zu verschaffen geeignet ist, andererseits diese Forderung besonders zu Zeiten der Krise im eigentlichen Interesse der Wirtschaft läge, somit eine Art Allheilmittel für Krisenzeiten bildet. Daß die Theorie vom Unterkonsum tatsächlich heute eine bedeutende Rolle in Gewerkschaftskreisen spielt, sei durch den Inhalt eines Flugblattes des Gewerkschaftsbundes der Angestellten aus dem Jahr 1925 bewiesen, welches ich nur als Beispiel aus einer Reihe von Äußerungen gleichen Inhalts herausgreifen möchte. Dieses Flugblatt versuchte seinen Lesern die Verschmelzung der Interessen von Kapital und Arbeit mundgerecht zu machen, indem es die bekannte Gedankenfolge entwickelte, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundung der innerdeutschen Verhältnisse die Steigerung der Kaufkraft im Inland sei. Durch Steigerung der Löhne werde diese Kaufkraftsteigerung bewerkstelligt, der Umsatz erweitert und die Produktion

ausgedehnt; die Produktionserweiterung ermögliche eine Verbilligung und in der Folge werde auch der Auslandsumsatz ins Fließen gebracht.*)

Eine derartige Darstellung des Wirtschaftsverlaufes ist nur ein dürftiger Ausschnitt aus der Darstellung dessen, was Marx über Ursachen und Verlauf der Krisen äußert. Den Drehpunkt der Marx'schen Krisentheorie bildet seine Mehrwerttheorie und seine Theorie von der fallenden Neigung der Profitrate. So schreibt Spiethoff: „Der technische Fortschritt und die steigende Erzeugungsergiebigkeit bestehen darin, daß im Herstellungsverfahren die lebendige Arbeitskraft im Verhältnis zu den sachlichen Erzeugungsmitteln, daß das Variable hinter dem konstanten Kapital verhältnismäßig zurücktritt. Da aber die Arbeit allein den Mehrwert erzeugt, so muß die Mehrwertrate auf die Summe des Gesamtkapitals gezogen, abnehmen, was zugleich ein Sinken der Profitrate bedeutet."

Nach der Marx'schen Auffassung würde der Arbeiter somit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft selbst durch seiner Hände Arbeit die dem wirtschaftlichen Aufstieg folgende Krise und somit auch eine Existenzkrise für sich und seine Genossen herbeiführen, indem er festes Kapital produziert und von eben diesem festen Kapital aus seiner Stellung verdrängt wird. Ergänzen wir diese Darstellung durch die Betrachtungen, die Marx über die industrielle Reservearmee anstellte, so vervollständigt seine Krisentheorie. Ist der Arbeiter durch das von ihm produzierte feste Kapital aus seiner Stellung verdrängt, so steigt das Reserveheer der Arbeitslosen und das Angebot wirkt lohndrückend auf die Gesamtwirtschaft. Aber zur gleichen Zeit steuert auch der Unternehmer der Krise zu, indem seine Profitrate durch Schwinden der Mehrwertproduktion so tief sinkt, „das eine Verwertung des neu gebildeten Kapitals in weiteren Neuanlagen unmöglich ist," (Spiethoff) denn: „die Gütererzeugung dient nur zur Erzeugung von Mehrwert, nicht zur Steigerung der allgemeinen Bedürfnisbefriedigung, deshalb muß ein Widerstreit zwischen Ausdehnung und Verwertung der Erzeugung entstehen".

---

*) Diese Beweisführung blieb aber auch von radikalerer Seite nicht unangegriffen. So schreibt „Die Internationale" im 12. Heft des 8. Jahrganges in Bezug auf obiges Flugblatt; „ . . . . Die Gewerkschaftsführer haben Recht mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Lohnes, aber sie haben Unrecht mit dem Beweis, dies liege im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft."

Es will uns scheinen, daß, obwohl die Gewerkschaftsführer ihre Anschauungen in Bezug auf die Wirtschaft vorwiegend von der Lehre von Karl Marx ableiten, doch ein grundlegender Unterschied zwischen den Marx'schen Gedankenfolgen bezgl. der Konjunkturbewegungen besteht und jenen, die der Gewerkschaftler als Grundlage gewerkschaftlicher Konjunkturpolitik benutzt und propagiert. Die Krisentheorie von Marx, speziell soweit sie die Mehrwerttheorie einschließt, ist nicht dazu geeignet, eine Grundlage, besonders eine propagandistisch wirksame Grundlage für eine gewerkschaftliche Konjunkturpolitik zu bilden. Wenn Marx das Zustandekommen von Krisen durch seine Mehrwerttheorie und seine Theorie von der fallenden Neigung der Profitrate begründet, wenn er den technischen Fortschritt und die steigende Erzeugungsergiebigkeit als typische Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft für die Krisen verantwortlich macht, so kann naturgemäß in seinem Sinne auch keine konjunkturpolitische Aktion diese Mißstände aus der Welt schaffen. Hilfe kann nur eine Bekämpfung und Niederkämpfung des kapitalistischen Systems bringen.

Die Gewerkschaften haben sich jedoch, worauf wir schon hinwiesen, auf den Boden des Kapitalismus gestellt und haben sich allmählich dem kapitalistischen Gebäude eingefügt. Auch besteht ihre Tätigkeit nicht allein aus einer solchen des Kampfes. Aus diesem Grunde ist für den Gewerkschaftsführer die marxistische Auffassung nur insoweit verwendbar und geeignet zur Verbreitung, als es sich um Teilgebiete handelt, die als Grundlage für eine Konjunkturpolitik dienen können, also etwa die Lehre vom Unterkonsum und zum Teil die Betrachtungen über die industrielle Reservearmee, die zu gleicher Zeit geeignet sind, den Arbeiter der Gewerkschaft zuzuführen und ihn dort zu halten.

Neben den durch den Marxismus bestimmten theoretischen Anschauungen des Gewerkschaftlers über die Konjunktur finden täglich in der Gewerkschaftspresse eine Reihe von radikaleren und von gemäßigteren Anschauungen Verbreitung, die nicht mehr als marxistisch anzusprechen sind, wenn sie auch den einen oder anderen Gedanken von Marx entlehnt haben mögen.

Was die zuletzt erwähnten Konjunkturtheorien anbetrifft, so ist auf jene zu verweisen, nach welchen die Konjunktur dem Unternehmer oder Kapitalisten ohne sein Zutun übermäßige Gewinne in den Schoß wirft, Gewinne, die neben der Ungerechtigkeit, daß sie ohne besonderen Arbeitsaufwand seitens des Unternehmers

erworben sind, auch eine Gefahr für den Arbeiter in sich bergen, die Gefahr der Depression nach erfolgter Überproduktion, mit ihr die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Somit sei also Aufgabe der Gewerkschaft, die Erzielung dieser übermäßigen Gewinne zu bekämpfen. So einseitig wie diese Vorstellung von der Konjunkturbewegung, müssen notwendig auch die konjunkturpolitischen Maßnahmen sein, die aus jener Vorstellung fließen.

Wenn die „Internationale" schreibt: „Daß ein Kompromiß (zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer) niemals denkbar ist, da die Interessengegensätze in Bezug auf die Lohnpolitik keinerlei Verständigung zuließen"; wenn sie weiter schreibt, „daß der Reallohn der Arbeiter zu gering sei und daß das Ziel einer Gewerkschaftspolitik stets Lohnerhöhung sein müsse (unbekümmert um die jeweilige Wirtschaftslage), so haben wir hier einen von vielen Beweisen, wie aus einer zu engen, durch politische Vorurteile gedrückten Anschauung über die wirtschaftlichen Wechsellagen eine ebenso enge und einseitige gewerkschaftliche Konjunkturpolitik entspringt.

Am häufigsten treten uns in der Gewerkschaftspresse Theorien entgegen, die einerseits wirtschaftliche Krisen aus dem Unterkonsum der großen Massen ableiten, andererseits aber alle Faktoren, die nach anderen umfassenden Konjunkturtheorien als Erreger dieser Schwankungen in Betracht kommen, berücksichtigen.

So schreibt Robert Schmidt (Die Arbeit, Heft 2, 1924): „Es liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie Stauungen und Stockungen im Warenabsatz zu überwinden hat, die weder in ihrer Dauer noch in ihrem zeitlichen Auftreten an Gesetz und Regel gebunden zu sein scheine. – – – In der Regel haben wir es mit einer schnell gesteigerten Produktion zu tun, die sehr bald über die Aufnahmefähigkeit des Warenmarktes hinausgeht. Die Krise, die dann einsetzt, wird durch Arbeitslosigkeit und niedrigere Löhne verschärft, weil die Minderung der Produktion nicht zuletzt die Arbeiter zu tragen haben. Damit schwächen wir abermals die Aufnahmefähigkeit des Marktes, da die Konsumfähigkeit der großen Masse stark zurückgeht."

Der Verfasser erwähnt hier sowohl die Tatsache einer Überproduktion des Wendepunktes der Konjunktur, als auch an anderer Stelle die Dringlichkeit erhöhten Exportes, Senkung der Warenpreise und Steigerung der Produktion zur Gesundung der deutschen Wirtschaft. Er fährt dann weiter: „Ohne eine Steigerung der Waren-

ausfuhr ist an eine Gesundung der Wirtschaft nicht zu denken und die Leistungen nach dem Dawes-Gutachten sind undenkbar. Aber diese Steigerung des Exportes setzt voraus: Rückkehr zu mäßigen Preisen. Ergänzend muß eine Steigerung der Produktion hinzukommen, die mit den vorhandenen Arbeitskräften leicht erzielt werden kann. „.... Die Preisherabsenkung hat nicht nur für den Export eine entscheidende Bedeutung, sie wirkt auch belebend für den inneren Markt. Niedere Löhne und hohe Warenpreise können eine Krise nicht beheben. Durch höhere Löhn muß die Konsumfähigkeit der Masse gehoben werden, denn für eine gesunde wirtschaftliche Gestaltung unserer Verhältnisse ist die Wiederherstellung einer gewissen Höhe der Lebenshaltung der erwerbstätigen Schichten von entscheidender Bedeutung."

In zahllosen Variationen treten uns Theorien der soeben angeführten Art in der Gewerkschaftspresse entgegen oder finden Verbreitung durch den Mund der Gewerkschaftsführer. Bald erscheint der Zins als ausschlaggebender Faktor im Konjunkturverlauf, bald wird der mangelnde Auslandsumsatz als Krisenmoment gekennzeichnet, bald die Reform der technischen Einrichtungen der Industrie als Heilmittel für die Wirtschaftskrise empfohlen, bald in Überorganisation oder unrationeller Organisation die Wurzel des Übels gesucht. So verschiedenartig die geäußerten Gedankenfolgen auch sein mögen, stets tritt der Gedanke des Unterkonsums der breiten Masse in dem Augenblick zutage, wenn es gilt, Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu rechtfertigen.

Eine Kritik der in den modernen Konjunkturlehren eingeflochtenen Vorstellung von der Wirkung und Bedeutung des Massenkonsums findet sich im folgenden Abschnitt, wenn die aus den theoretischen Anschauungen fließenden konjunkturpolitischen Maßnahmen der Gewerkschaften Würdigung finden.

Insoweit konjunkturtheoretische Vorstellungen aus gemäßigten Lagern der Gewerkschaften kommen, insoweit sie in wirtschaftlich geschulten Köpfen entstanden sind, die es verstanden haben, den politischen Schleier zu durchblicken, werden diese Vorstellungen keine wesentlichen Differenzierungen von den Meinungen rein wissenschaftlich orientierter Wirtschaftler aufweisen. Die aus jenen Anschauungen fließende gewerkschaftliche Konjunkturpolitik wird naturgemäß dem wirtschaftlichen Tatbestand angepasst sein und die Interessen des Arbeiters in volkswirtschaftlich möglichen und unschädlichen Grenzen zu vertreten wissen.

Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Rahmen der Konjunkturpolitik

Nach einem Streifzug durch die Reihen der Gedankengänge, welchen wirtschaftspolitisches Handeln der Gewerkschaften entspringt, gilt es einen Blick auf diejenigen Gebiete zu werfen, auf denen die Gewerkschaften wirtschaftspolitisch tätig sind. Als die drei Hauptgebiete, die naturgemäß nicht streng von den sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften getrennt werden können, ihrer Art nach aber überwiegend wirtschaftspolitisch sind, können wir bezeichnen die Berufsausbildung und Verteilung der Lehrlinge, die Berufsberatung und endlich als drittes Gebiet den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis. Was die Lehrlingsheranbildung, Verteilung der Lehrlinge und Berufsberatung anbetrifft, kann festgestellt werden, daß die Gewerkschaften sich in diesem Punkte praktisch betätigt haben und kraft der Heranbildung eines den jeweiligen wirtschaftlichen Anforderungen gewachsenen, fachlich gebildeten Arbeiterstandes einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Entwicklung und Auswertung der Konjunktur zu gewinnen vermögen. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß auf den genannten zwei Teilgebieten sowohl als auf dem des Arbeitsnachweises, der als konjunkturpolitisches Gebiet besonders geeignet ist entsprechend der Art und dem Rhythmus der Schwankung gehandhabt zu werden, der Staat selbst als Konkurrent den Gewerkschaften gegenübertritt. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die den Angelpunkt der gesamten gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik bildet und zugleich mit der Frage der Arbeitszeit weit in das sozialpolitische Gebiet übergreift, wird an späterer Stelle in diesem Abschnitt behandelt werden.

Was den Zeitpunkt gewerkschaftlicher Konjunkturpolitik anbetrifft, so möchte ich zwischen einer Konjunkturpolitik repressiver und einer solchen präventiver Art unterscheiden. Wenn wir unter Politik das Handeln nach den gegebenen Umständen verstehen, so können diese „Umstände" einerseits aus vollendeten Tatsachen bestehen, denen gegenüber entsprechende Maßnahmen getroffen werden sollen oder aber das Handeln bezieht sich auf in der Zukunft liegende und mit mehr oder weniger Bestimmtheit zu erwartende Tatsachen; ja allein eine mit annähernder Sicherheit festgestellte Entwicklungstendenz in der Volkswirtschaft vermag die Grundlage für eine präventive Gewerkschaftspolitik zu bilden. In dem letzteren Fall werden die Gewerkschaften beispielsweise durch eine geeignete Lohnpolitik, durch Abschlüsse entsprechender Tarifverträge oder durch die Arbeitsmarktpolitik einen Einfluß auf die mutmaßliche wirtschaftliche Entwicklung zu gewinnen hoffen, oder wir haben es mit einer Gewerkschaftspolitik repressiver Natur zu tun, welche auf die schon eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen Einfluß zu gewinnen, Nutzen zu ziehen oder Schäden eines solchen Umschwunges zu mildern sucht. Bis heute zeigt sich uns die Konjunkturpolitik der Gewerkschaften vorwiegend als eine solche repressiver Art.

Wenn wir uns beispielsweise der Definition Brauers anschließen, wonach die Gewerkschaft als dauernde Verbindung von Lohnarbeitern des gleichen Berufes zum Zwecke der Vergrößerung des Anteils der Lohnarbeit am Ertrage der privatwirtschaftlichen Produktion unter gleichzeitiger Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen bezeichnet wird, so geht allein aus dieser Definition zur Genüge hervor, daß der Angelpunkt gewerkschaftlichen Handelns, gewerkschaftlicher Politik, in der Einflußnahme auf den Lohn liegt. Es bedürfte eigentlich einer geschlossenen Darstellung, einer Theorie vom Zustandekommen des Lohnes, wenn wir voll erfassen wollen, welche Möglichkeiten und Aussichten die Gewerkschaften haben, auf die Lohngestaltung erfolgreich einzuwirken bezw. in wieweit eine gewerkschaftliche Lohnpolitik als Konjunkturpolitik geeignet ist. Wir begnügen uns hier mit einigen typischen Sätzen aus der Cassel'schen Darstellung „Moderne optimistische Lohntheorien" zum Zwecke der Klärung der aufgeworfenen Fragen.

Cassel sagt: „Eine allgemeine Lohntheorie muß davon ausgehen, daß die Arbeit ein Produktionsfaktor und der Arbeitslohn der Preis dieses Produktionsfaktors im allgemeinen Preisbildungsprozeß ist."

An anderer Stelle sagt Cassel: „Der Preis der Arbeit wird, wie überhaupt der Preis jedes Produktionsfaktors durch ihre relative Knappheit bestimmt, also durch das Angebot von Arbeit im Verhältnis zur Nachfrage nach ihr. Diese Knappheit kann also nicht lediglich vom Gesichtspunkt des Arbeitsangebots beurteilt, sondern muß immer im Verhältnis zur Nachfrage betrachtet werden. Und die Gesamtnachfrage hängt von der Gesamtproduktion, diese wiederum von der gesamten Menge der Arbeitsleistung ab." (Seite 295). Als Arbeit faßt Cassel auf „die Verfügung über eine Arbeitskraft bestimmter Qualität während einer bestimmten Zeit." (Seite 299).

Wir wissen, unter der Voraussetzung der Anerkennung grundlegender wirtschaftlicher Gesetze, daß eine künstliche Veränderung der Menge oder des Preises eines Produktionsfaktors ceteris paribus notwendig die Veränderung anderer volkswirtschaftlich erheblicher Faktoren nach sich ziehen muß. Wir wissen auch auf Grund einfacher logischer Schlüsse, daß mit Veränderung eines volkswirtschaftlich erheblichen Faktors nicht notwendig eine dauernde Veränderung der Gesamtmarktlage eintreten muß, vielmehr häufig eine Gegenwirkung sich einstellt, die die erste Veränderung kompensiert. Aus den Sätzen Cassels können wir ersehen, daß es zwei Gesichtspunkte gibt, unter welchen eine Einflußnahme dauernder Art auf den Lohn möglich ist. Der eine ist der Gesichtspunkt der Knappheit, der andere derjenige der Produktivität. Eine gleichzeitige Beeinflussung jener beiden Grundlagen des Arbeitslohnes könnte demnach zu einer dauernden Veränderung des Lohnniveaus führen ohne daß auf dem Wege über den Preisbildungsprozeß eine Reaktion auftreten würde. Der Erfolg wäre eine Verschiebung der gesamten Marktlage. Wie ich schon in dem Abschnitt über das Gewerkschaftsmonopol erwähnte, können die Gewerkschaften nicht so leicht den Weg über die Produktivität einschlagen, da ihr Einfluß auf dem Gebiete der künstlichen Verknappung des Angebots an Arbeitskräften liegt (wie wir schon betonten, ist auch dieser Einfluß eingeschränkt), also nur ein Teilgebiet dessen umfaßt, was wir als zur dauernden Veränderung des Lohnniveaus notwendig bezeichneten. Häufig treten uns in der Gewerkschaftspresse grundverschiedene Anschauungen darüber entgegen, wie die Lohnpolitik zu handhaben sei. Wenn die „Internationale" schreibt, nachdem die Unmöglichkeit eines Kompromisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betont wurde, daß das Ziel einer Gewerkschaftspolitik stets Lohnerhöhung sein müsste, — — — ja, daß die Gewerkschafts-

politik im Interesse des Arbeiters auch zu wirtschaftsfeindlichen Handlungen übergehen dürfe,*) so sehen wir darin den mangelnden Willen zu einer Wirtschafts- bezw. zu einer Konjunkturpolitik, möglicherweise auch die mangelnde Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und der anderweitigen Eigenschaften, die die Gewerkschaften zu einer Wirtschafts- oder Konjunkturpolitik befähigen. Wir werden auf die Wirkung einer um die Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens unbekümmerten Gewerkschaftspolitik noch näher einzugehen haben und werden sehen, daß eine solche nicht in allen Fällen als „wirtschaftsfremd" zu verwerfen ist.

Es taucht hier das Problem auf, ob die Gewerkschaften eine Konjunkturpolitik in dem Sinne betreiben sollen, daß sich die jeweiligen Löhne streng den Konjunkturschwankungen anpassen, oder ob die Gewerkschaften bestrebt sein sollen, das Lohnniveau unbekümmert um Konjunkturschwankungen allmählich zu heben. Es wäre hier auf einen Artikel von Dr. Walter Jost hinzuweisen, (Arbeitgeber, Nr. 3, 1926) in dem die beiden Möglichkeiten gewerkschaftlicher Lohnpolitik mit statischer und dynamischer Lohnpolitik gekennzeichnet werden.

„Wenn wir die Wirtschaft in ihrem Gleichgewichts- und Ruhezustand, wie er sich in den auf die Dauer und dem Durchschnitt einer bestimmten Wirtschaftsepoche herausbildenden Preisen, Löhnen usw. zum Ausdruck kommt, betrachten, dann haben wir die wirtschaftliche Situation, die man in der modernen Nationalökonomie als Statik zu bezeichnen pflegt. Den Reallohn der Statik, den statischen Lohn, wie er in den auf die Dauer und im Durchschnitt herrschenden Löhnen sichtbar wird, zu erhöhen, das ist nach der alten Gewerkschaftstheorie Aufgabe der Gewerkschaften."

Eine statische Lohnpolitik kommt ihrem Wesen nach einer gewerkschaftlichen Sozialpolitik nahe und ist von dieser nicht mehr scharf zu trennen, denn schließlich bildet das Niveau des Reallohnes auf die Dauer gesehen die Grundlage für Wohlstand und Lebenshaltung der Masse. Walter Jost hebt die Unterscheidung zwischen statischer und dynamischer Lohnpolitik weiter mit den Worten hervor: „Begriffe wie Wohlstand der Arbeiterschaft, Lebenshaltung

*) Die „Internationale" bringt im 12. Heft des 8. Jahrganges folgenden Satz: „Höhere Löhne können also nie und nimmer erzielt werden durch Appell an das eigene Interesse, aber auch nicht an dem guten Willen der Kapitalisten, sondern sie müssen durch die gewerkschaftliche Aktion der Arbeiterklasse erzwungen werden, auch gegen das Interesse der Wirtschaft."

der Masse, sie abstrahieren von bestimmten Marktlagen und von vorübergehenden Preisrelationen. Sie orientieren sich an der durchschnittlichen Produktivität der Wirtschaft, an dem Grad der allgemeinen dauernden Belastung wie sie beispielsweise im Dawes-System begründet sind, an dem Ausmaß der Zerstörung materieller und immaterieller Produktionsbedingungen im Laufe der Inflationsperiode, an der Kapitalvernichtung, den Unwirtschaftlichkeiten in der Organisation der Volkswirtschaft, der Größe und Arbeitsintensität, dem Stand der Produktionstechnik usw."

Was die allmähliche Hebung des Reallohnes anbetrifft, so ist diese zweifellos als erstrebenswertes Ziel der Gewerkschaften zu bezeichnen. Hierbei bleibt aber zu berücksichtigen, daß im praktischen Wirtschaftsleben eine strenge Scheidung zwischen statischen und dynamischen Entwicklungen nicht besteht, daß der Lohn als Preis des Produktionsfaktors Arbeit nicht aus der Sphäre der Konjunkturschwankungen herausgehoben werden kann, sondern so lange aufs engste mit diesen Schwankungen verknüpft bleiben wird, als solche im Wirtschaftsleben auftreten. Es verbleiben demnach nur zwei Möglichkeiten für eine stabile Entwicklung des Lohnniveaus. Die eine wäre die allmähliche Reduktion der Konjunkturschwankungen durch innigste weltwirtschaftliche Verflechtung aller Volkswirtschaften (auch dann werden gewisse naturbedingte Erscheinungen wie Ernteausfälle gewisse dynamische Bewegungen innerhalb der Volkswirtschaft auslösen), oder die Gewerkschaft verzichtet auf Ausnützung der günstigen Konjunkturen auf dem Arbeitsmarkt und wird somit gezwungen, das Lohnniveau auf die Dauer in derjenigen Höhe zu halten, wie sie die Depressionen auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen, da sie auf die nachteiligen Folgen der Depression zu verzichten nicht in der Lage sind. Der Widersinn der letzteren Handlungsweise, die gleichzeitig mit der gewerkschaftlichen Aufgabe und Einstellung nicht zu vereinen ist, leuchtet ein.

Von den dynamischen Bewegungen der Wirtschaft abgesehen, wäre eine allmähliche Hebung des Lohnniveaus denkbar von Seiten der Unternehmer, durch neue Kombinationen der Unternehmer (Schumpeter), ein Vorgang, der dem Gebiete der Statik angehört.

Gegen die Erfolgsmöglichkeit einer Hebung des statischen Dauerlohnes durch die Gewerkschaften scheint mir weiterhin zu sprechen, daß, je größer die Periode ohne wesentliche Strukturveränderung der Volkswirtschaft ist, die Macht, auf der die Gewerkschaftspolitik zu fußen gezwungen ist, mehr und mehr dem wirtschaftlichen Gesetz

weichen wird, Lohn und Produktionspreis wird mehr und mehr in ein der Marktlage entsprechendes Verhältnis übergleiten und jede Gewaltanwendung der Gewerkschaften ohne Berücksichtigung der gesamten Wirtschaftslage wird zu Disproportionalitäten führen, welche die schon erwähnten Gegenwirkungen auslösen. Eben deshalb, weil von einem endgültigen Erfolg nur dann gesprochen werden kann, wenn auf dem Umweg über den Preis durch Machtanwendung der Reallohn sich gesteigert zeigt, sehen wir die große Schwierigkeit, besser gesagt den Fehler einer solchen Politik ohne Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Tatbeständen treiben zu wollen. Auch die Gewerkschaften scheinen größtenteils diese Schwierigkeit zu erkennen und ziehen mehr und mehr die Produktivität und den Vorgang der Preisbildung in den Kreis ihrer Betrachtungen. Noch einmal sei hier Jost zitiert, der im weiteren Verlauf seines Artikels auf die Schwierigkeiten hinweist, die sich aus dem Versuch der Trennung von statischen und dynamischen Vorgängen in der Volkswirtschaft ergeben und die somit auch eine Scheidung von nach der einen oder anderen Gruppe orientierten Grundlagen erschweren.

Jost schreibt: „Es wäre z. B. denkbar, daß sich infolge der allmählichen Festigung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, ferner durch die Rationalisierungsmaßnahmen in Industrie und Handel oder durch produktionstechnische Fortschritte, innen- und außenpolitische Beruhigung, Kapitalregeneration, wachsendes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft und ähnliche, sich gegenseitig beeinflussende Momente für den im Durchschnitt und auf die Dauer geltenden Lohn recht günstige Bedingungen geschaffen werden, während die augenblickliche Lage unter dem Druck der ungünstigen Konjunktur, von allerlei krisenartigen Vorgängen auf dem Konsumgüter-, Kapital- und Arbeitsmarkt, politischen Ereignissen usw. für die Gegenwart und die allernächste Zukunft keine lohnsteigernden Faktoren erkennen läßt."

Wie wir schon erwähnten, beruht die gewerkschaftliche Lohnpolitik volkswirtschaftlich betrachtet in den Einflußnahmen auf den Preis des Produktionsfaktors Arbeit. Um ein Bild von den Wirkungen dieser Einflußnahmen auf die Konjunkturschwankungen entwickeln zu können, bedarf es einer kurzen Darstellung des Zusammenhanges zwischen den Wellenbewegungen der Volkswirtschaft und dem Arbeitsmarkt. Wir zitieren hierzu einige Sätze Cassels, der das Verhältnis von Konjunktur und Arbeitsmarkt mit

den Worten kennzeichnet: „Wenn das Wesen der Konjunkturen in einer ungewöhnlichen Steigerung der Produktion von festem Kapital und in einem darauffolgenden heftigen Rückgang derselben Produktion liegt, müssen sich diese Bewegungen in den Schwankungen der Menge von Arbeitskraft widerspiegeln, die in der Kapitalproduktion zur Anwendung kommen. Demnach muß sich bei der übrigen Produktion eine von der Konjunktur ziemlich unbeeinflußte, gleichmäßige Steigerung der Arbeiterzahl zeigen." Cassel führt sodann den Beweis seiner Behauptung in Form einer statistischen Kurve für die Wendejahre 1900 und 1907, wobei, wie er selbst zugibt, die Grenzen zwischen kapitalproduzierender und anderer Industrie schwer zu ziehen waren.

Welche Wirkung wird eine statische Lohnpolitik, eine Lohnpolitik, die auf eine allmähliche, um die Konjunkturschwankungen unbekümmerte Hebung des Lohnniveaus abzielt, auf die Wellenbewegungen ausüben?

Im Vergleich zu den rapiden Schwankungen der Konjunktur entspricht eine auf derartig lange Sicht gestellte Lohnpolitik nahezu einem Gleichbleiben des Lohnniveaus. Betrachten wir also den Verlauf der verschiedenen Konjunkturperioden unter dem Gesichtspunkt, daß in Bezug auf den Lohn annähernd das freie Spiel der Kräfte gelten möge und setzen wir den Fall, daß auf den anderen Gebieten, die eine gewerkschaftliche Konjunkturpolitik erlauben, die Gewerkschaften wirksam seien.

Wir befinden uns in der ersten Periode des Aufschwungs. (Wir halten uns in Bezug auf die Reihenfolge der Konjunkturperioden an die Cassel'sche Darstellung). In der Industrie, welche Kapital produziert (Eisen, Stahl, Holz und Bauindustrie) tritt infolge angeregterer Tätigkeit ein erhöhter Bedarf an Arbeitskräften auf. Dieser wird zunächst von zwei Seiten gedeckt, einmal durch das Heer der Arbeitslosen, welches in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgesogen wird, weiter durch die Reservearmee der Landbevölkerung, welche den Industriezentren zuwandert. Wie lange diese Reserven den Bedarf zu decken geeignet sind, wird sich jeweils nach der Intensität der Aufschwungsperiode richten. Beginnen diese Zuschüsse aus Landbevölkerung und Arbeitslosen allmählich zu versiegen, so wird sich in der kapitalproduzierenden Industrie ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen, der nicht ohne weiteres zu befriedigen ist. In diesem Augenblick treten Spannungen zwischen den Löhnen der verschieden Branchen auf, Spannungen zwischen

den Löhnen der kapitalproduzierenden und der nicht kapitalproduzierenden Industrie. (Betrachten wir die statistischen Kurven Cassels, so finden wir, daß die Wirkung der Konjunkturbewegung für die anderen als die kapitalproduzierenden Industrien kaum bemerkbar sind.) Die Löhne in der kapitalproduzierenden Industrie werden zu steigen beginnen und eine Kurve jener Löhne würde, zeitlich an etwas späterer Stelle beginnend, zunächst parallel der aufsteigenden Gesamtkonjunkturkurve verlaufen. Dann werden sich allmählich Gegenwirkungen markttechnischer Art durchzusetzen beginnen. Die Arbeiterschaft der nicht kapitalproduzierenden Industrie wird in der Erkenntnis des Zurückbleibens ihrer Löhne hinter jenen der anderen Industrie in dieser letzteren ein Unterkommen zu finden suchen. Diese Abwanderung aus der nicht kapitalproduzierenden Industrie in die kapitalproduzierende, hat eine Verknappung der Arbeiterschaft jener Industrie zur Folge, die um so fühlbarer wird, als auch der Nachwuchs an Arbeitern in der durch die Konjunktur begünstigten Industrie Anstellung suchen wird. Es setzt daher an dritter Stelle auf der Abszisse das Steigen der Lohnkurve der nicht kapitalproduzierenden Industrie ein. In der kapitalproduzierenden Industrie machen sich sodann zwei Momente geltend, die verteuernd auf die Produkte dieser Industrie wirken.

1. Die gesteigerten Arbeitslöhne beginnen sich in den Preisen der Produkte auszuwirken.

2. Der Kapitalzins beginnt zu steigen.

Da gesteigerte Preise der Produkte der kapitalproduzierenden Industrie auch für den großen Kreis der Konsumenten fühlbar werden, so ergibt sich folgendes Bild:

Infolge der Teuerung der Wohnungen (Lohnerhöhung in der Bauindustrie) und verschiedener Artikel des täglichen Gebrauchs, z. B. von Kohlen, erfährt der Reallohn der Arbeiter der kapitalproduzierenden Industrie zwar eine Senkung, diese ist aber proportional nicht so bedeutend wie diejenige, die der im Lohne etwas zurückgebliebene Arbeiter der nicht kapitalproduzierenden Industrie zu tragen hat. Wiederum verschärft sich also die Spannung der Löhne zwischen beiden Industriegruppen, bis dann im Augenblick der Depression die Umkehrungen der angeführten Vorgänge erfolgen. So weit die Betrachtung unter Ausschaltung jeglichen Eingreifens der Gewerkschaften. In der Praxis stehen einerseits dem Abwandern von Arbeitern aus dem einen Industriezweig in den

anderen wesentliche Hindernisse entgegen, man denke nur an die Wohnungsfrage und an eine teils durch wirtschaftliche, teils durch psychologische Momente bedingte Unlust des Arbeiters zur Änderung seines Wohnortes und endlich bedenke man die Schwierigkeiten der Umschulung. Ob nicht auf den Gebieten der Wohnungsfrage, des Arbeitsnachweises, der Umschulung und Neuheranbildung von Arbeitskräften das eigentliche Betätigungsfeld gewerkschaftlicher Konjunkturpolitik liegt, darüber an späterer Stelle noch einige Worte. Möglicherweise haben wir in der Aufschwungsperiode noch folgende Gegenwirkungen zu berücksichtigen, welche die Spannung zwischen den Löhnen beider Industriegruppen, bevor die schon erwähnten Preissteigerungen einsetzten, zu mildern geeignet wären: durch die Erhöhung der Löhne in der kapitalproduzierenden Industrie wird zunächst ein gesteigerter Konsum von seiten jener Arbeiter einsetzen und diese gesteigerte Nachfrage kann sich in einer Belebung des Geschäftsganges der Industrie für Güter erster Ordnung auswirken, auch dort tritt möglicherweise eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskraft und in ihrem Gefolge eine Steigerung der Löhne ein.

Welches sind unter den gegebenen Voraussetzungen gewerkschaftlicher Zurückhaltung auf dem Gebiete der Lohnpolitik die Vorgänge in Bezug auf die Lohnbildung in der Depressionsperiode?

Aus der Disproportionalität zwischen Produktion von Kapitalgütern und Übernahmefähigkeit, aus dem übermäßigen Steigen des Preises für Kapitaldisposition und aus einer falschen Einschätzung der Nachfrageseite ergibt sich der wirtschaftliche Rückschlag nach erfolgtem Aufschwung, die Depression. Diejenige Industriegruppe, die bei ansteigender Konjunktur den höchsten Aufschwung erfahren hat, wird naturgemäß auch den heftigsten Rückschlag erleiden müssen, es ist dies also die kapitalproduzierende Industrie. Betrachten wir die statistischen Kurven Cassels, so zeigt sich uns, daß die Kurve der kapitalproduzierenden Industrie eine starke Knickung zur Grundlinie hin erhält, während die der nicht kapitalproduzierenden Industrie nahezu unberührt von diesen Vorgängen geradlinig weiter verläuft. Welches Bild ergibt sich hieraus bezüglich des Lohnes?

Infolge der nachlassenden Nachfrage nach Arbeitskräften in der kapitalproduzierenden Industrie wird eine Lohnsenkung eintreten, die durch die allmählich anwachsende Zahl der Arbeitslosen verschärft wird. Da die erhöhten Preise der Hochkonjunkturperiode

noch für einige Zeit anhalten, so wird sich ein empfindliches Fallen des Reallohnes bemerkbar machen. Da die Absorption der Arbeitslosen durch die Landwirtschaft, wie Cassel sagt, in einem industriell hochentwickelten Land nicht zu erwarten ist, und auch die nicht kapitalproduzierende Industrie, da sie nur geringen Schwankungen unterworfen ist, nicht wesentlich für die Übernahme von Arbeitskräften aus den anderen Industriegruppen in Betracht kommt, so beginnen sich im Vergleich zur kapitalproduzierenden Industrie die Lohnverhältnisse in den anderen Industriegruppen verhältnismäßig günstig zu gestalten, zumal wenn die allmähliche Senkung des Preisniveaus einsetzt. In der nunmehr folgenden Periode der erneuten Bildung von Sparmitteln wird langsam auch in den Löhnen beider Industrien sich ein Ausgleich ergeben, zumal wenn der Nachwuchs an Arbeitskräften in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Nicht in allen Fällen muß ein derartig scharfer Rückschlag in den Löhnen der kapitalproduzierenden Industrie erfolgen. Häufig weist die Kurve der Depressionsperiode nicht dieselbe Steilheit auf, wie die der Aufstiegsperiode. Die Produktion von festem Kapital wird eben nur in verhältnismäßig geringerem Maße reduziert als sie zuvor gesteigert wurde. Weiter vermag eine geschickte Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften auch hier einen gewissen Ausgleich oder zum mindesten eine Milderung zu schaffen.

Zusammenfassend sei gesagt: enthalten sich die Gewerkschaften jeden Eingriffs in den Verlauf der Konjunktur hinsichtlich der Lohnpolitik, so zeigen sich folgende wesentliche Erscheinungen:

1. Es kommt zu Differenzen zwischen den Löhnen verschiedener Industriezweige. Eine Arbeitergruppe erlangt Vorteile auf Kosten der anderen.

2. Der in der Aufschwungsperiode begünstigte Teil der Arbeiter ist in der Depressionsperiode benachteiligt.

3. Die Konjunktur kann wirtschaftlich vom Unternehmer voll ausgenützt werden und die gesteigerte Produktivität vermag auf längere Sicht günstig auf die Lohnverhältnisse rückzuwirken.

Die Gewerkschaften müssen daher eine ihrer Aufgaben darin sehen, den Arbeiter von den Wechsellagen der Konjunktur unabhängig zu machen oder ihn zum mindesten vor allzu heftigen Rückschlägen zu sichern suchen. Andererseits ist es begreiflich, wenn sie ihn auch der Vorteile des Konjunkturanstiegs teilhaftig werden lassen wollen. In diesem Punkt liegt das Problem gewerkschaftlicher Konjunktur-Lohnpolitik. Es entsteht die Frage: können die Ge-

werkschaften den Arbeiter bezüglich seines Reallohnes an der Konjunktur teilnehmen lassen nnd welches ist die Rückwirkung auf die Konjunktur, oder gibt es für die Gewerkschaften ein Mitwirken an der Konjunkturausnützung zum Zwecke der Erhöhung des Reallohnes durch das Mittel erweiterter Produktion?

Eine nach den Schwankungen der Konjunktur orientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften, sie wäre so zu bezeichnen, weil diese Politik unbekümmert um die Wirtschaftslage für die Interessen der Arbeitnehmer eintritt, kann in verschiedenen Formen vor sich gehen. Sie kann (nach Voigt) „die Trägheit und Reibungswiderstände forträumen, die eine Anpassung des Reallohnes an die jeweilige Konjunktur oder an Fortschritte in der Produktivität der Wirtschaft verhindern" und sie kann (Adolf Weber) „die Produktivität selbst steigern, indem sie durch ihre Einrichtungen und Maßnahmen die Leistung der Arbeit erhöht oder die Unternehmer zwingt, ihre produktive Tätigkeit ergiebiger zu gestalten". An dieser Stelle sei eine kurze konjunkturtheoretische Betrachtung darüber eingeschaltet, ob durch Lohnpolitik eine Einflußnahme auf die Konjunkturschwankungen überhaupt möglich ist. Nach der Variationsmethode wird „durch Vermittlung von Preisverschiebungen im weitesten Sinne, jede aufsteigende Teilbewegung durch eine fallende andere ausgeglichen; jede partielle Wertsteigerung durch eine korrespondierende Wertminderung, jeder partielle Einkommensverlust durch den Einkommensgewinn auf der anderen Seite kompensiert". (Adolf Löwe, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. II.) Eine Lohnpolitik, die also ein Glied des geschlossenen volkswirtschaftlichen Systems der gewaltsamen Veränderung unterwirft, scheint uns demnach wohl geeignet, die erwähnten kompensierenden Wirkungen auszulösen, nicht aber geeignet um Einfluß auf die Wellenbewegung der Konjunktur zu gewinnen, für welche die solidarische Bewegung der volkswirtschaftlich relevanten Faktoren typisch ist. Es kämen demnach nur wirtschaftliche Maßnahmen in Betracht, deren Auswirkungen über den Rahmen der Wirkungen und Gegenwirkungen wie sie uns die Variationsmethode zeigt, hinausgehen. Als Maßnahmen dieser Art wären solche zu bezeichnen, die zu gleicher Zeit und in annähernd gleichem Maße sowohl bei einem volkswirtschaftlich relevanten Faktor eine Änderung hervorrufen, als auch Einfluß auf den für die Kompensierung des ersteren in Betracht kommenden zweiten Faktor nehmen. Dieses Ziel ist beispielsweise bei einer gleichzeitigen Einflußnahme auf Lohn und Produktivität zu erreichen.

Die Mittel zu einer erfolgreichen Steigerung des Reallohnes liegen größtenteils auf jenen Gebieten, die wir schon im vorhergehenden Abschnitt streiften, auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, Lehrlingsausbildung, der Arbeitszeitpolitik und des Wohnungswesens, gehören also zum größten Teil dem sozialpolitischen Programm der Gewerkschaften an. Auch der Lohnerhöhung (Erhöhung des Nominallohnes) wird zu wiederholten Malen in der Gewerkschaftspresse eine die Produktivität erhöhende Mission zugesprochen. So betont in einer Kritik der Denkschrift des Reichsverbandes deutscher Gewerkschaften die deutsche Gewerkschaftszeitung das erzieherische Moment einer Lohnerhöhung für die Unternehmer. Die Lohnerhöhung stelle demnach einen wichtigen Antrieb zur Rationalisierung dar. Als Regel wird dieser Fall jedoch nicht anzusehen sein. Fassen wir den Zeitpunkt für gewerkschaftlich erfolgreiche Lohnpolitik ins Auge, so wird uns dies klar. Die gewerkschaftliche Tätigkeit hat in demjenigen Augenblick einen sicheren, sichtbaren Erfolg zu verzeichnen, indem durch Verknappung der Arbeitskraft infolge der gesteigerten Nachfrage es nicht schwer fällt, einen Druck auf den Unternehmer auszuüben. Dies ist der Zeitpunkt des Aufschwungs der Konjunktur, also derjenige, in dem sämtliche vorhandenen Produktionsmittel voll ausgenützt werden und außerdem ständig eine Reihe neuer Produktionsmittel produziert wird. Daß ein solcher Zeitpunkt, in dem es auf möglichst schnelle Erledigung der eingehenden Produktionsaufträge ankommt, im allgemeinen nicht zur Rationalisierung geeignet ist, liegt nahe. Es sei nicht geleugnet, daß in Zeiten ruhiger wirtschaftlicher Entwicklung ein verhältnismäßig hohes Lohnniveau den Unternehmer nach einer Verbilligung seiner Produktionskosten suchen läßt und daß er die notwendigen Einsparungen auf dem Wege der Rationalisierung der Technik und Organisation seines Betriebes zu erreichen hofft. Für den Augenblick des Aufschwunges und Höhepunktes der Konjunktur wird dieser Fall weit seltener eintreten.

Es wurde einmal das Wort geprägt: „Die Gewerkschaften verdanken ihr Bestehen und ihre Ausdehnung dem Umstand, daß das Lohnniveau allmählich steige, nicht aber, daß das Lohnniveau steige weil die Gewerkschaften mächtiger würden". Man mag hierin eine Übertreibung sehen, bedeutsam scheint uns aber an dem Satz der Hinweis auf den Umstand, daß es den Gewerkschaften ein leichtes ist, in Zeiten, die aus rein markttechnischen Gründen der Arbeiterschaft günstig sind, noch weitere Vorteile zu erzielen, daß aber in

wirtschaftlich ungünstigen Zeiten Macht, Einfluß und Erfolgsmöglichkeit der Gewerkschaften zusammenschrumpft und, dies wird besonders peinlich empfunden, Verluste an Mitgliedern zu beklagen sind, die Verluste derjenigen, die in der Gunst der wirtschaftlichen Lage nur den gewerkschaftlichen Erfolg sehen und nunmehr in der Ungunst der wirtschaftlichen Lage ein Nachlassen oder Versagen der gewerkschaftlichen Tätigkeit erblicken. Diese Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Gunst oder Ungunst der Konjunktur kennzeichnen folgende Sätze aus der Tagespresse: „Aber auch sie (die Gewerkschaften) unterstehen demselben Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wenn eine gute Konjunktur herrscht, also wenn Bedarf und damit Nachfrage nach Ware Arbeit ist, können sie den Preis ihrer Produktion, nämlich ihrer Ware Arbeit, erhöhen. Wenn die Wirtschaft darniederliegt, wenn keine Nachfrage nach Arbeit vorhanden ist, wenn die einzelnen Betriebe froh sind, wenn sie stilliegen können und nicht weitere Waren auf ihr Lager nehmen müssen, die mangels des Absatzes ohnehin schon überfüllt sind, nützt die stärkste Vertrustung der Ware Arbeit und die stärkste Betonung ihres Monopolcharakters, nämlich der Streik, d. h. die Verweigerung der Lieferung von Ware Arbeit, gar nichts. An dieser harten Tatsache scheitert die marxistisch-sozialistische Theorie."

Wir sehen, wie ungeheuer groß die Schwierigkeiten für die Gewerkschaften sind, wenn sich ihre Konjunkturpolitik auf lohnpolitischem Gebiet bewegt. Es ist nur zu begreiflich, daß die Gewerkschaften einen Einfluß auf die Konjunkturbewegungen zu gewinnen suchen, von denen sie selbst in höchstem Maße abhängig sind. Im folgenden Abschnitt soll eine kurze Darstellung folgen, wie eine egoistische, nach den wirtschaftlichen Wechsellagen orientierte Lohnpolitik auf die einzelnen Phasen der Konjunktur einwirkt und welche Gegenwirkungen durch sie ausgelöst werden.

Als wir die Entwicklung der Löhne ohne gewerkschaftliche Einflußnahme betrachteten, sprachen wir von einer Spannung zwischen den Löhnen der kapitalproduzierenden und der nicht kapitalproduzierenden Industrie. Da wir für die jetzige Betrachtung die Wirksamkeit der Gewerkschaften bezgl. des Lohnes als Voraussetzung annehmen, haben wir nicht mehr mit der erwähnten Spannung beider Industrien zu rechnen, da anzunehmen ist, daß die Gewerkschaften zur Herbeiführung eines Ausgleichs von ihren Machtmitteln Gebrauch machen werden, die ja zu Zeiten des Konjunkturanstiegs besonders wirksam sind.

Angenommen, der Konjunkturanstieg habe begonnen, mit ihm die gesteigerte Produktion von festem Kapital. Für einige Zeit deckt das Heer der Arbeitslosen die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften, dann beginnen die Zuwanderungen aus der Landwirtschaft und endlich werden auch diese nicht mehr die gesteigerte Nachfrage zu befriedigen vermögen und es tritt eine verhältnismäßige Knappheit an Arbeitskräften ein. Wir wissen, daß in diesem Augenblick aus markttechnischen Gründen die Löhne zu steigen beginnen. Die Aufgabe der Gewerkschaften sei aber nicht nur die, Hindernisse, die einer Angleichung des Lohnes an die Marktlage im Wege stehen, hinwegzuräumen, sondern aus dem Konjunkturanstieg möglichst hohen Nutzen zu ziehen, die augenblickliche Zwangslage des Unternehmertums in Bezug auf die Beschaffung von Arbeitskräften auszunützen und die Löhne proportional zu den anderen Gestehungskosten zu erhöhen. Übersteigen die Löhne den bisher üblichen Prozentsatz der Gestehungskosten, so werden wir von einer Lohnüberhöhung sprechen. Eine solche Lohnüberhöhung kann die verschiedenartigsten Folgen für den Arbeiter zeitigen.

1. Wir haben mit einer allgemeinen Preissteigerung zu rechnen, die sich nicht nur auf die Produkte der kapitalproduzierenden Industrie beschränkt. Hierdurch erfährt der zunächst erhöhte Reallohn der Arbeiter eine Kompensation oder in manchen Fällen sogar eine Minderung.

2. Bei Lohnüberhöhung scheiden kapitalschwache Grenzbetriebe aus, eine entsprechende Zahl von Arbeitern wird hierdurch frei und beginnt das Lohnniveau zu drücken.

3. Bei Preiserhöhung infolge von Lohnübersteigerung wird die Auslandskonkurrenz angelockt, der ausländische Arbeiter zieht daraus an Stelle des inländischen den Vorteil. Die weiteren volkswirtschaftlichen schädlichen Folgen dieses Vorganges bezüglich der Handelsbilanz liegen klar zutage. Es besteht die Möglichkeit, daß durch eine solche Verlegung der Produktion in das Ausland die Konjunktur im Inland eine gewisse Schwächung erfährt. Es wird sich jedoch nicht um eine Dämpfung des gesamten Konjunkturablaufes handeln können, sondern der Rückschlag in der Periode der Depression wird umso größer sein, da das Inland gewisser Absatzmärkte verlustig ging.

4. Eine gleitende Lohnskala wird auf die Konjunkturentwicklung unbeabsichtigt abbremsend wirken.

Man könnte versucht sein zu sagen: wenn die Konjunkturschwankungen durch eine solche Lohnpolitik zu dämpfen seien, dann sollten doch die Gewerkschaften an dem Prinzip festhalten: hohe Löhne bei Konjunkturanstieg, niedere Löhne zu Zeiten der Depression, und in der Folge würden die die Wirtschaft beunruhigenden und gefährdenden Schwankungen auf ein Minimum reduziert. Was ist gegen diese Behauptung einzuwenden?

1. Gründe, die in der Psyche des Arbeiters liegen.
2. Gründe volkswirtschaftlicher Natur.
3. Gründe die in der Weltwirtschaft basieren.

Die auf der Psyche des Arbeiters beruhenden Einwände lauten dahin, daß der Arbeiter zwar freudig eine Lohnüberhöhung zu Zeiten des Konjunkturaufschwunges begrüßen wird, aber von einer der nachfolgenden wirtschaftlichen Depression entsprechenden Herabsetzung der Löhne nichts wissen wollen wird. Es ist dies ein durchaus menschlicher und einfach zu begreifender Zug, der jedoch den Gewerkschaften viel zu denken gibt. Folgeerscheinungen sind sodann der Austritt größerer Arbeitermassen aus den Gewerkschaften, zum mindesten aber ein Mißtrauen der Arbeiter gegen gewerkschaftliches Können, also Schmälerung der Macht und des Ansehens der Gewerkschaften.

Wie wird volkswirtschaftlich eine Erfassung der Konjunktursondergewinne durch eine entsprechende Lohnpolitik wirken? Die Entfaltung der Unternehmerinitiative wird gehindert, behindert wird somit auch die Kapitalbildung und damit auch die weitere Schaffung von Arbeitsgelegenheit; es handelt sich also geradezu um verlustbringende Maßnahmen.

5. Bei Spekulationskonjunktur verschärfen steigende Löhne die Verluste an Volksvermögen, weil ein Mehrkonsum ohne Mehrproduktion erfolgt.

Bei Depressionseintritt können folgende Situationen entstehen:

1. Aus dem Vorhergesagten folgt, daß durch Lohnüberhöhung einer Konjunkturentwicklung die Energie genommen, der Umschwung beschleunigt werden kann.

2. Bei gleitender Lohnskala oder direkter Profitbeteiligung der Arbeiterschaft (letztere wäre entweder in Form der Arbeiteraktie oder der Konjunktur-Ausgleichkasse denkbar) bringt die Depression eine jähe Kürzung des Lohneinkommens, die um so schwerer empfunden wird als vorher der Mehrlohn zu Mehrkonsum und nicht zu Rücklagen verwendet zu werden pflegt.

3. Nachdem sich die unabdingbaren Lohntarife dem Konjunkturabstieg schwerer und zögernder anpassen als dem Konjunkturaufschwung, steht die Produktion in Gefahr einer Kostenüberlastung, welche die Depression wesentlich verschärft und Kapitalverlust sowohl wie Arbeitslosigkeit im Gefolge hat.

4. Eine Anpassung der Lohnkurve an die fallende Konjunkturkurve ist den Gewerkschaften aus vereinspolitischen Gründen nicht möglich. (Diese Gründe wurden schon unter Nr. 4 bei der Behandlung des Konjunkturanstiegs angeführt.)

In welcher Weise wird demnach das Bild der Konjunkturkurve verändert, wenn die Gewerkschaften durch eine Politik der Lohnüberhöhung Einfluß auf den Konjunkturverlauf nehmen?

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß der Konjunkturaufstieg durch eine solche Lohnpolitik eine Dämpfung erfahren kann, daß der Konjunktur gewissermaßen die Spitze abgebrochen, der Umschwung demnach beschleunigt wird. Eine Dämpfung tritt jedoch nur für den Konjunkturaufstieg ein, nicht für die Periode des Tiefstandes. Im Gegenteil, wir sehen, daß die Depression unter diesen Voraussetzungen sogar eine Verschärfung erleiden kann, somit können wir, wenn wir uns den Konjunkturverlauf zeichnerisch dargestellt denken, von einer Tieferlegung der gesamten Konjunkturkurve sprechen, der Abstand zwischen den beiden Wendepunkten der Kurve wird sich auf keinen Fall wesentlich verkleinern. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, daß es während des Konjunkturaufschwungs dem Unternehmer gelingt, die in den Gestehungskosten für die Produkte sich auswirkenden hohen Löhne durch anderweitige Maßnahmen zu kompensieren, etwa durch Rationalisierung oder durch Ausschaltung wenig gewinnbringender Nebenarbeiten. Eine bedeutende Lohnüberhöhung wird praktisch hierdurch wohl nicht auf die Dauer auszugleichen sein und der Unternehmer wird auf Kosten etwaiger Reserven oder erhöhter Inanspruchnahme von Sparkapitalien, also unter größeren Opfern am Höhepunkt der Konjunktur zu profitieren suchen. Dann haben wir es mit einem schnellen, also steilen Verlauf der Konjunktur zu tun, mit einer steilen Kurve mit scharfer Spitze, deren weiterer Verlauf schärfer als sonst in die Depression überleitet. Was bedeutet demnach volkswirtschaftlich eine auf Lohnüberhöhung gerichtete Lohnpolitik der Gewerkschaften?

Sie bedeutet in erster Linie nicht Schmälerung des Unternehmergewinns, sondern Schmälerung der Gesamtproduktivität des Volkes.

Wenn der Einwand erhoben wird, der Arbeiter, der mit erhöhtem Lohne mehr zu kaufen imstande ist, gäbe die beste Garantie für das Inganghalten der Produktion, so haben wir dem entgegenzusetzen, daß die gleiche Kaufkraft auf jeden Fall am Markte erscheint. In dem einen Fall aber, wenn der Unternehmer in die Lage gesetzt wird, Sparkapitalien zu bilden, so wissen wir, daß diese zum weitaus größten Teil produktiven Zwecken zugeführt werden, also im Grunde weit eher die Möglichkeit zu einer Steigerung des Reallohnes der Arbeiter in sich bergen als in dem Fall, daß der Arbeiter gegen den gesteigerten Lohn Konsumgüter eintauscht, wie dies die Erfahrung erwiesen hat zu Zeiten, da der Arbeiter eine verhältnismäßige Besserstellung bezüglich seines Lohnes erfuhr.

Wie stellen sich die Gewerkschaften zu einer solchen Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge? Unterschiedlich wie die gewerkschaftlichen Anschauungen vom Entstehen und Wesen der Konjunkturschwankungen sind auch die Anschauungen über die Möglichkeit ihrer Beeinflussung bezw. Nutzbarmachung für den Arbeiter durch lohnpolitische Maßnahmen. Das alte Gebiet der Gewerkschaften war die Sozialpolitik. Die Gewerkschaften kämpften auf diesem Gebiet unbekümmert um die wirtschaftlichen Wechsellagen und hofften ihr Ziel zu erreichen, wenn sie als eine Kampforganisation für den Arbeiter und gegen den Unternehmer wirksam würden. Etwa im Sinne der Worte eines Gewerkschaftsführers: „Erreichen wir das, was wir wollen, höhere Löhne, kurze Arbeitszeit, dann ist es uns einerlei, welche Wirkungen das auf die Volkswirtschaft hat" (Adolf Weber, Kampf zwischen Kapital und Arbeit). Inzwischen wuchsen die Gewerkschaften mehr und mehr zu Organisationen heran, deren wirtschaftliche Macht abgesehen von der politischen nicht mehr außer Acht gelassen werden konnte, da es sich um eine bedeutsame Beherrschung des Arbeitsmarktes bezw. eben des Produktionsfaktors Arbeit handelte. Es seien an dieser Stelle einige Worte Theodor Brauers zitiert, die geeignet sind, den Konflikt zu kennzeichnen, in den die Gewerkschaften gerade durch die Erweiterung ihrer Macht gerieten und um darauf hinzuweisen, wie hinderlich sich die alte Kampfdoktrin in der neuen und neuesten Zeit erwiesen hat. Die Sätze lauten: „Erst nach dem Kriege zeigte es sich, daß die Gewerkschaften an der Wirtschaftspolitik nicht mehr vorbeigehen konnten, wenn auch ehedem ihr eigentliches Betätigungsfeld die Sozialpolitik war .... Der schwere Konflikt zwischen sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Einstellung, in

den die Gewerkschaften gestürtzt wurden, fand eine schmerzliche und wohl auch symbolhaft wirkende Zuspitzung im Ringen um die Geltung des Achtstundentages."

Gerade der Hinweis auf das Problem der Arbeitszeit scheint uns geeignet, darzutun, wie schwer, ja fast unmöglich es heute für die Gewerkschaften ist, sich von wirtschaftspolitischer Betätigung fernzuhalten. Die Entwicklungstendenz geht auch zweifellos dahin, die Gewerkschaften aus einer Stellung des Kampfes in eine solche wirtschaftlicher Macht und Bedeutung überzuführen. Diese Entwicklung folgte aus der Ansicht, die allmählich Gemeingut gewerkschaftlichen Denkens wurde, daß gewisse wirtschaftliche Gesetze mächtiger seien als die Gewalt des Staates oder gewisser Menschengruppen innerhalb desselben. Noch einmal sei auf einige Worte Theodor Brauers hingewiesen, welche die Entwicklung der Gewerkschaft von der Kampforganisation zur wirtschaftlich einflußreichen Organisation darlegen: „Ein Ziel der Gewerkschaften sei die Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses. Der eine Weg sei die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Abschaffung des Lohnsystems. Der zweite einzuschlagende Weg gipfele darin, den Lohn aus der Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, wie sie sich im bunten Wechsel des Wirtschaftsmarktes gestaltet, zu befreien . . . . . Es ist verständlich, daß die Gewerkschaften die Lösung dieses Problems zunächst auf dem Wege der bloßen Machterringung und Betätigung suchten." Erst allmählich wurde „der Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft und hier und da schon zur Arbeitsgemeinschaft in dem Sinne, daß einzelne fortgeschrittene Arbeiterkategorien beschlossen, Angebot und Nachfrage, die man nicht ausschalten konnte, durch gemeinsame positive Betätigung mit dem Unternehmer so zu beeinflussen, daß beide Teile dabei zu ihrem Rechte kämen". Ist hiermit nicht der Weg für die zukünftige Betätigung der Gewerkschaft gewiesen? Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften ihre Macht und ihr Bestehen auch heute ihrer Kampfstellung verdanken, nicht aber ihrem Auftreten als wirtschaftlich einsichtige Mitarbeiter an der Produktion. Die Gewerkschaft, die den Boden des steten Kampfes um den Lohn verläßt, wird nur dann ihre Stärke behalten können, wenn sie sich zu einer wirtschaftlichen Organisation umbildet, an welcher der Unternehmer interessiert ist, da sie ihm die „Ware" Arbeit in den gewünschten Mengen und Qualitäten zur Verfügung stellt; diese Organisation wiederum wird an der Tätigkeit des Unternehmers interessiert sein, da sie die

Produktivität als einzige Basis für die Garantierung eines höheren Reallohnes erkannt hat. Einerseits hätte die „wirtschaftliche" Gewerkschaft das Recht und die Pflicht zur Mitarbeit an der Ausnützung der Schwankungen des Wirtschaftslebens und ihre vornehmste Aufgabe bestünde darin, den Arbeiter in denjenigen Grenzen an den Konjunkturschwankungen teilnehmen zu lassen, daß in keiner Periode eine Kostenüberbürdung der Industrie auf grund der jeweiligen Löhne einträte, andererseits auch der Arbeiter nicht ganz auf die Segnungen eines Konjunkturaufschwunges verzichten muß. Zu vermeiden wären also jene Produktionskostenüberhöhungen, die eine verschärfte Depression hervorzurufen geeignet sind, da hierdurch auch der Arbeiter in eine schwere Gefahr gebracht würde.

In England finden wir in der Grubenarbeitsverfassung eine Art von Lohnpolitik, die sich als automatische Konjunkturpolitik bezeichnen ließe, indem dort der Arbeiter automatisch einen in Prozenten festgelegten Teil des erzielten Rohüberschusses erhält. (Max Schippel, Die Tragödie des englischen Generalstreiks, Soz. Monatshefte, Juni 1926). „Der Samuel Regard (so genannt nach Balduin-Samuel, den Leitern eines Wirtschaftsausschusses) verteidigte entschieden den Siebenstundentag und bezeichnete als wahrscheinlich unumgänglich eine vorübergehende Lohneinbuße ausschließlich für die höheren Lohneinkommenstufen. Es konnte außerdem nicht ohne Beachtung bleiben, daß das Lohnopfer nach den grundlegenden Bestimmungen der ganzen englischen Grubenarbeitsverfassung seit 1921 und 1924 niemals zu einem einseitigen Opfer zu Gunsten der Profitsteigerung ausarten sollte: seit 1924 sind 87% eines genauer umschriebenen Rohüberschusses dem Lohne vorbehalten, 13% dem Profit . . . . Jede Wiedergesundung der Bergbauproduktion mußte also ganz automatisch bei gleichbleibender Relation zwischen Lohn und Profit dem Lohn absolut den größeren Zuwachs bringen, während alle jüngsten Kompromißvorschläge sogar eine nicht unbeträchtliche Periode der tatsächlichen Profitlosigkeit für das Grubenkapital vorsahen."

Ein solches System einer automatisch gleitenden Lohnskala entspricht nur zum Teil dem, was von einer wirtschaftlich umsichtigen Lohnpolitik verlangt werden kann. Es kann nicht das Ziel einer solchen Lohnpolitik sein, den Lohn in einem absolut gleichen Verhältnis zum jeweiligen Profit zu halten, denn es kann der Zeitpunkt eintreten, indem diese starre Bindung hemmend auf die Ausnützung

der Konjunktur von seiten des Unternehmers wird, also ähnliche Erscheinungen in der Entwicklung des Reallohnes hervorruft, wie wir sie bei der Handhabung einer egoistischen, um die Konjunkturschwankungen unbekümmerten Lohnpolitik der Gewerkschaften feststellten. Auch sehen wir an dem englischen Beispiel, daß ein solches System, wenn die wirtschaftliche Lage es erfordert, Änderungen und Korrekturen bald zugunsten des Unternehmers, bald zugunsten des Arbeitnehmers erfährt.

Wenn wir von dem Idealtyp wirtschaftlich einsichtiger Konjunktur-Lohnpolitik der Gewerkschaften sprachen, so taucht sogleich die Frage auf, welche Tendenz die Entwicklung der Gewerkschaften als Träger der Konjunktur-Lohnpolitik in neuester Zeit aufweist.

Wir erwähnten schon das allmähliche Hinübergleiten der Gewerkschaften in das wirtschaftspolitische Fahrwasser. Damit ist jedoch noch nicht ihre heutige Stellung gekennzeichnet, da es auf diesem Gebiet für die Gewerkschaften zwei Wege gibt. Der eine Weg ist jener, der die Gewerkschaften zu Organisationen wirtschaftlicher Natur macht, zu Organisationen, die an den Schwankungen des Wirtschaftslebens im Sinne der volkswirtschaftlichen Produktivität mitarbeiten, die eine dementsprechende gemäßigte Lohnpolitik treiben und ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, der Ausbildung des Lehrlings und Umschulung des Arbeiters, endlich auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge eine Konjunkturpolitik zu treiben, die dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer gleichzeitig zum Nutzen gereicht. Der andere Weg führt gewissermaßen zu einer Fortsetzung des ursprünglich auf sozialpolitischem Gebiet geführten Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die gewerkschaftliche Macht wirkt sich in diesem letzteren Fall in einer Kontrolle der Wirtschaft aus, etwa wie wir sie in der Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Preisprüfungsstellen, heute im Reichskohlen- und Reichskalirat, erleben. Es handelt sich also um eine Einwirkung der Arbeitnehmer auf die unmittelbare und mittelbare Preisgestaltung. Die Gewerkschaften sehen damit aber noch nicht die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Machtstellung als erreicht, sondern suchen vielmehr auf die privatwirtschaftliche Produktion Einfluß zu gewinnen. Zum Beweis sei auf folgenden Aufsatz hingewiesen, der betitelt ist: „Die Gewerkschaften zur Kartellfrage" (aus der Tagespresse) und der den Vorschlag der bedeutendsten deutschen Gewerkschaften behandelt, ein Amt zur Kontrolle wirt-

schaftlicher Kartelle zu bilden. Der Artikel lautet auszugsweise wie folgt: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände äußern sich zur Kartell- und Monopolfrage u. a. wie folgt: Die bisherige Gesetzgebung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen hat sich gegenüber den schädlichen Wirkungen der Monopolorganisationen als unzureichend erwiesen. Eine schleunige Ausgestaltung der gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete ist daher dringend notwendig. In allen Kartellen und ähnlichen Verbindungen müssen Vertreter der Arbeitnehmerschaft mit gleichen Rechten in die Geschäftsleitung aufgenommen werden. Es soll ihre besondere Pflicht sein, das Interesse der Gesamtwirtschaft wahrzunehmen.

Eine ständige öffentliche Kontrolle aller monopolistischen Bestrebungen soll auf folgender Grundlage durchgeführt werden: Errichtung eines Kontrollamtes. Es folgt sodann eine Aufzählung der Aufgaben dieses Amtes. Solche sind u. a.: Untersuchungen über das Bestehen und die Wirksamkeit von monopolartigen Unternehmungsorganisationen und Unternehmungen, insbesondere über die Grundlagen ihrer Preispolitik. Ferner die Anordnung der Aufhebung oder Abänderung von Beschlüssen und Vereinbarungen, wenn in einer Untersuchung eine Verletzung der Interessen der Gesamtwirtschaft festgestellt ist .... Dieser Vorschlag mag genügen um zu zeigen, daß die Gewerkschaften nicht beabsichtigen, eine Konjunkturpolitik ausschließlich auf ihrem eigentlichen Gebiet, nämlich auf dem der Verteilung und der Regelung des Verkaufs der Arbeitskraft, zu treiben, vielmehr handelt es sich hier um den Versuch entscheidenden Eingreifens in das Gebiet der Produktion und ein solcher Eingriff muß natürlich zu einer Reaktion, d. h. zu einer Verschärfung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeitskraft führen. Eine Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Macht in dieser Richtung kann nur als Endziel die Demokratisierung der Wirtschaft haben. Welches andere Ziel verbleibt aber den Gewerkschaften, da nun doch einmal der Weg wirtschaftspolitischer Betätigung beschritten ist?

Die Stellung der Gewerkschaften ist heute zur Hälfte wirtschaftlich, zur Hälfte politisch, ihre Tätigkeit zur Hälfte Kampf, zur Hälfte Mitarbeit. Gerade diese Zwischenstellung ist am wenigsten geeignet,

zum Wohle der Gesamtwirtschaft und Gesamtbevölkerung zu wirken. Doch scheint sich allmählich für die Entwicklung der Gewerkschaften ein neuer Weg zu öffnen, der nicht ganz ungeeignet erscheint, die Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter förderlicher zu gestalten, ohne die Gewerkschaften aus ihrer wirtschaftspolitischen Stellung zu verdrängen. Mehr und mehr haben die Gewerkschaften darauf hingewirkt, auf Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes auf dem Wege der Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen. Noch werben die verschiedensten Parteien um die Gunst der Gewerkschaften. Sollte die zukünftige Entwicklung dahingehen, Partei und Gewerkschaft in Einklang zu bringen, so ist die Möglichkeit gegeben, daß die politische Partei die Führung in den Fragen der Arbeitszeit und Lohngesetzgebung übernimmt und die Gewerkschaft als eigentliches Betätigungsfeld für Konjunkturpolitik die Politik des Arbeitsmarktes, also der Heranbildung, Umbildung und Verteilung der Arbeitskraft behält, ein Gebiet, auf dem eine hochgradig elastische und auf die feinsten Konjunkturschwankungen reagierende Konjunkturpolitik möglich ist.

Organisatorische Einrichtungen zur Erkenntnis und Auswertung der Konjunktur

Wenn die Gewerkschaften eine nach den Konjunkturschwankungen orientierte und mit diesen wechselnde Politik zu verfolgen beabsichtigen, so ist eine notwendige Voraussetzung hierfür die genaueste Kenntnis von den Konjunkturschwankungen. Es bedarf einerseits einer Kenntnis von der jeweiligen augenblicklichen Wirtschaftslage, andererseits von den vorhergegangenen wirtschaftlichen Konstellationen, um etwaige Schlüsse auf die künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage oder zum mindesten auf gewisse Entwicklungstendenzen ziehen zu können.

Die Einrichtungen, deren sich die Gewerkschaften zu diesem Zweck bedienen, lassen sich in zwei Gruppen einordnen:

1. In solche organisatorische Einrichtungen, welche die Gewerkschaften innerhalb ihrer Organisation besitzen um Kenntnis von der jeweiligen Marktlage zu erlangen.

2. Einrichtungen außerhalb ihrer Organisation, welche anderweitigen öffentlichen oder privaten Körperschaften unterstehen.

Im allgemeinen läßt sich in neuester Zeit eine Bewegung zugunsten der unter zweitens angeführten Einrichtungen bei den Gewerkschaften feststellen und zwar wird die Tendenz zur Benutzung jener Einrichtungen als Informationsmittel sich umso mehr verstärken, je mehr das Vertrauen auf die Richtigkeit und Objektivität der Beobachtungen wächst und umso größer sich die Schwierigkeit gestaltet, innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation genügende und umfassende Informationen über die Wirtschaftslage und die immer unübersichtlicher werdenden Zusammenhänge zu erlangen.

In den Büros der Zentralverbände der Gewerkschaften finden wir statistische und volkswirtschaftliche Sachbearbeiter, die im Rahmen der ihnen gestellten Aufgaben den Konjunkturverlauf zu

beobachten haben. Da der Arbeitsmarkt bekanntlich auf die Konjunkturschwankungen stark reagiert, so bilden statistische Erfassungen und Bearbeitungen des Materials über Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Tariflöhne, Streiks usw. von seiten der Gewerkschaften wichtige Unterlagen für die Erforschung der Konjunktur und der Konjunkturentwicklung. Einige Teilgebiete der Arbeitsmarktstatistik wie z. B. die Streikstatistik, deren Träger nunmehr der Staat ist, werden von jenem Zeitpunkt ab nicht mehr von den Gewerkschaften geführt in dem diesen die amtliche Statistik als in vollem Maße objektiv und glaubwürdig erschien. So hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seit dem Jahre 1921 seine statistischen Bearbeitungen der von den ihm angegliederten Verbänden geführten Streiks eingestellt und bedient sich nunmehr der Statistiken des Statistischen Reichsamtes in Berlin. Besondere Wichtigkeit für die Konjunkturbeobachtung haben die von den Fachverbänden durchgeführten Teilbeobachtungen, die beispielsweise für die einzelnen Monate den Beschäftigungsgrad, die Arbeitslosigkeit oder die Kurzarbeit bezw. Überstunden in den einzelnen Industriegruppen, wie Textilindustrie, Holzindustie usw. erfassen. Diese statistischen Aufstellungen dienen nicht nur dazu, der Gewerkschaftsleitung einen Überblick über die Wirtschaftslage zu geben, sondern bezwecken auch, in der Presse der Berufsverbände veröffentlicht, dem einzelnen Arbeitnehmer ein Bild von der Gunst oder Ungunst der Lage seines Berufszweiges zu verschaffen und ihm aufzuzeigen, ob die Wirtschaftslage diese oder jene Forderung rechtfertigt bezw. ob mit einiger Zurückhaltung bei dieser oder jener Wirtschaftslage mehr zu erhoffen ist oder ob andere Berufszweige eine wirtschaftliche Besserstellung versprechen.

Wie schon erwähnt, machen neuerdings die Gewerkschaften häufig von denjenigen Informationsmitteln Gebrauch, welche der Staat, wissenschaftliche Institute oder gewisse rein wirtschaftlich orientierte Organisationen bieten. Zu dieser Gruppe zählt neben der amtlichen Statistik des Reiches und der Länder (Reichsamt für Statistik und statistische Landesämter) auch das besonders zum Zwecke der Erforschung der Konjunkturschwankungen gegründete Institut für Konjunkturforschung, das dem Reichsamt für Statistik in Berlin angegliedert ist. Die Gewerkschaften benützen nicht allein Material aus jenem Institut als Unterlagen für ihre wirschaftspolitische Tätigkeit, sondern sie sind neben der Reichsbank, der Reichsbahn, einigen industriellen sowohl wie landwirtschaftlichen Ver-

bänden an dem Institut für Konjunkturforschung beteiligt, wodurch ihnen sowohl ein unmittelbarer Eindruck wie eine gewisse Kontrolle der dort gewonnenen Ergebnisse ermöglicht ist. Daß auch bezüglich der Bedeutung und des Nutzens der aus jenem Institut stammenden Materialien als Grundlagen für eine Konjunkturpolitik noch eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung herrscht, mögen die folgenden Worte Karl Zwings erweisen (Gewerkschafts-Archiv, Heft 3 von 1925): „Die Beobachtungen werden sich hauptsächlich auf zurückliegende Verhältnisse erstrecken und dann auch auf die Gegenwart. Aber bis die Forschungen der Gegenwart zur Veröffentlichung kommen, können sie für die Gewerkschaften keinen praktischen Wert haben. Den Gewerkschaften ist natürlich viel mehr gedient, wenn sie auf Grund der Konjunkturforschung sehen könnten, wie die künftige Entwicklung sich gestaltet."

In diesen Worten kommt dieselbe Erwartung, die wohl sämtliche an der Konjunkturentwicklung interressierte Personen und Verbände hegen, zum Ausdruck, nämlich, daß das Institut für Konjunkturforschung allmählich auf dem Wege der Feststellung von Entwicklungstendenzen zur eigentlichen Wirtschaftsprognose gelangen möge.

Unvorhersehbare Ereignisse, von Naturgewalten oder von politischer Seite herbeigeführt, werden die Richtigkeit einer Wirtschaftsprognose in Frage stellen, ebenso wie umwälzende Erfindungen und unvorhergesehen auftauchende Moden stets außerhalb der Berechnung stehen werden. Treten solche Ereignisse nicht oder nur in geringem Umfange ein, so wäre die erwähnte Prognose bei fortschreitender Erkenntnis des Wesens der Konjunkturen wohl denkbar. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß nicht nur die letzten Ursachen der Konjunkturen noch nicht eindeutig erforscht sind, sondern auch bezüglich der periodischen Dauer der Wellenbewegungen noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten herrschen, desgleichen darüber, ob das Auftreten der Konjunkturschwankungen an einen festen Rhythmus gebunden ist. Sollte es im Laufe der Zeit dem Staat, den Unternehmer- und Arbeiterverbänden in zunehmendem Maße gelingen, die Schwankungen zu dämpfen, eine Entwicklung, die möglicherweise durch die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung der Länder unterstützt wird, so wächst die Schwierigkeit der Aufstellung zutreffender Wirtschaftsprognosen mehr und mehr und diese verlieren an Bedeutung und Interesse. Dennoch verbleiben den Konjunkturinstituten wichtige Aufgaben.

So schreibt Langelütke*): „Der von uns neben der Konjunkturanpassung genannte Weg der Konjunkturausschaltung, der durch frühzeitigen, vorausschauenden Eingriff, sei es seitens des Staates, der Zentralbanken oder der Wirtschaftsverbände, es zu einem Konjunkturausschlag erst gar nicht kommen läßt, baut sich ja erst auf den Forschungsergebnissen dieser Institute auf. Zudem ist zu bedenken, daß zwar die allgemeinen Schwankungserscheinungen allein durch zweckentsprechende Kreditpolitik abgedämmt werden können, niemals aber, weil meist exogen bedingt, Schwankungen in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft (Partialkonjunkturen). In durchaus richtiger Erkenntnis dieser Sachlage verlegt darum auch das Berliner Institut für Konjunkturforschung seinen Schwerpunkt mehr in die Aufstellung einer konkreten Wirtschaftsanalyse der verschiedenen Branchen und der verschiedenen Territorien der Volks- und Weltwirtschaft (Konjunkturdiagnose) als in die Aufstellung allgemeiner Konjunkturprognosen."

Auch die Wirtschaftsenquete bildet ein Mittel um Kenntnis von der Konjunktur zu erhalten. „Das Verfahren einer Enquete (Untersuchung) spielt sich grundsätzlich in öffentlichen Sitzungen ab. Ihren Abschluß findet die Enquete in der Regel mit einer kritischen Darstellung des erhobenen Tatsachenmaterials und zugleich mit Vorschlägen für die öffentliche Verwaltung, mit Anregungen für die Wirtschaft und die Wissenschaft. Die Enquete zählt zu denjenigen Hilfsmitteln, die geeignet erscheinen, ein Bild von der augenblicklichen Wirtschaftslage zu geben, desgleichen vermag sie Auskunft über die Entwicklung wirtschaftlicher Vorgänge innerhalb einer gewissen zurückliegenden Zeitspanne zu geben. Erst eine öftere Vornahme derart umfangreicher Wirtschaftsuntersuchungen dürfte geeignet sein, volkswirtschaftliche Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. (Dr. Friedrich Zahn, Münchener Neueste Nachrichten, „Die Wirtschaftsenquete"; Fritz Naphtali, Sozialistische Monatshefte, 32. Jahrgang, Juli 1926.)

Endlich bieten die Statistiken der Konzerne und Großbetriebe nach gewissen Seiten hin wertvolle Unterlagen für ein geschlossenes Bild vom Konjunkturverlauf und diese Unterlagen kommen, soweit sie zur Veröffentlichung gelangen und soweit ihnen Vertrauen entgegengebracht wird, auch als Grundlagen gewerkschaftlicher Konjunkturpolitik zur Anwendung.

*) Hans Langelütke: Aufgabe und Bedeutung der Konjunkturinstitute. „Die Arbeit", Heft 1, 1927.

Streikstatistik und Konjunkturkurve

Zur Feststellung, ob Zusammenhänge zwischen dem Verlauf der Konjunkturschwankungen und der Häufigkeit der Streikfälle, also der Kampftätigkeit der Gewerkschaften um die Lohnhöhe bestehen, soll zunächst aufgezeigt werden, welches Perioden des Tiefstandes, Aufschwungs und Umschwungs in der deutschen Wirtschaft waren. Als Zeitspanne für diese Feststellung wurden die Jahre 1899 bis 1914 gewählt. Die Jahre des Weltkrieges und die darauffolgenden Jahre sind für die vorliegenden Beobachtungen ungeeignet wegen der außerordentlichen Störungen im normalen Wirtschaftsverlauf, Störungen, die die deutsche Wirtschaft noch heute infolge der Lasten aus dem Dawes-Gutachten und infolge anderer Kriegsfolgen erleidet. Andererseits sind die Jahre vor 1899 für eine vergleichende Untersuchung von Konjunkturverlauf und Streikhäufigkeit, sowie Streikerfolg ungeeignet, da erst im Jahre 1899 das kaiserliche statistische Reichsamt eine erschöpfende Streikstatistik herauszugeben begann, die von diesem Zeitpunkt an in jährlicher Folge erschien. Auch die Gewerkschaften begannen in dem gleichen Jahre Streikstatistiken zu führen. So ist im Heft 35 des in Hamburg erschienenen „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" seitens der Generalkommission eine für das Jahr 1899 geführte Streikstatistik am 3. September 1900 zur Veröffentlichung gelangt. Es sei darauf hingewiesen, daß zwischen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistik Unterschiede bestehen, die an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden konnten und das Gesamtbild auch nicht wesentlich verändern würden, da das strittigste Gebiet, die Einteilung nach Angriffs- und Abwehrstreiks in der nachstehenden statistischen Aufstellung bei Seite gelassen wurden.

Die statistischen Angaben über den Konjunkturverlauf sind den Vierteljahrsheften des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin entnommen, einige Angaben aus Gustav Cassels „Sozialökonomie".

Was die statistischen Angaben über die Streiks anbetrifft, so seien hier einige Worte aus der Einleitung zum ersten Band der Streikstatistik vom Jahre 1899 zitiert, die über das Zustandekommen dieser Statistik Aufschluß geben:

„Da man die Wichtigkeit von Streiks und Aussperrungen, wie sie infolge von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchgeführt wurden, für das wirtschaftliche Leben erkannte, hielt man ihre nähere Erfassung für dringend geboten. Seit dem 1. Januar 1899 wurden, wie schon in anderen Ländern, so auch im Deutschen Reich, die im Gewerbebetrieb vorkommenden Streiks und Aussperrungen zum Gegenstand fortlaufender Erhebungen gemacht, durch welche die Grundlagen für eine das gesamte Reichsgebiet umfassende amtliche Statistik dieser Arbeitskonflikte geschafft werden sollte .... Die Hebung des Urmaterials erfolgte in einheitlicher Weise für das ganze Reichsgebiet; sie ist geregelt durch eine Bestimmung des Bundesrates vom 10. Juni 1899 betreffend die Herstellung einer Statistik der Streiks und Aussperrungen."

Im Sinne dieser Statistik gilt als Streik jede gemeinsame Arbeitseinstellung mehrerer gewerblicher Arbeiter, die zum Zweck der Durchsetzung bestimmter Forderungen beim Arbeitgeber erfolgt ist.

In dem folgenden Abschnitt wird von der Unterscheidung zwischen Angriff- und Abwehrstreiks, wie schon oben erwähnt, Abstand genommen, da diese Unterscheidung die Gefahr der Ungenauigkeit und besonders der Subjektivität in sich birgt.

Wenn Cassel für Deutschland die Perioden vom Jahre 1894 bis 1900, ferner von 1904 bis 1907, als Perioden der Hochkonjunktur bezeichnet, so entspricht dies ungefähr den Darstellungen, wie sie in den letzten Jahren das Institut für Konjunkturforschung in Berlin in seinen graphischen und zahlenmäßigen Nachweisen brachte. So zeigen uns diejenigen Kurven, welche nach den Methoden des Harvard-Instituts angefertigt wurden, in vergleichender Zusammenstellung die Wellenbewegung des Warenmarktes, des Geld- und Effektenmarktes. Der erläuternde Text zu jener Darstellung weist auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß im Deutschland der Vorkriegszeit die Umsätze auf diesen drei Märkten der Größenordnung nach innerhalb einer Konjunkturperiode einander ziemlich gleich waren.

Daß dies für die Nachkriegszeit nicht mehr zutrifft, kann hier außer Acht gelassen werden. Diese Kurven weisen mit geringen zeitlichen Verschiebungen auf die Konjunkturhöhepunkte in dem Jahre 1900, sowie in den Jahren 1905 mit 1907 hin, während sich für die Periode von 1908 bis 1909 ein starker Rückschlag auf den genannten drei Märkten geltend macht, der in den Jahren 1910 und 1911 langsam in eine Periode des Aufschwungs überleitet.

Noch deutlicher zeigen sich die Schwankungen in den Zahlen der Roheisenproduktion und des Roheisenverbrauchs: während das Jahr 1898 einen Tiefstand im Verbrauch an Roheisen bringt, steigt die Kurve steil bis zum Jahre 1900, um dann zur Mitte des Jahres 1902 einen weit tieferen Stand als im Jahre 1898 zu erreichen. Das Jahr 1903 weist ein leichtes Steigen auf, dann zeigt sich ein gleichmäßiger Verlauf bis 1905, wo ein neuerliches Steigen bis zur Mitte des Jahres 1907 beginnt. Dieser letztere Höhepunkt erreicht nur zur Hälfte die Höhe des im Jahre 1900 erreichten. Das Jahr 1909 bringt den geringsten bisher erreichten Roheisenverbrauch, dann hebt sich dieser wieder bis zum Jahre 1911 um sodann wieder zu sinken.

Vergleichen wir mit diesen Konjunkturschwankungen der deutschen Wirtschaft die Zahl der Streiks in einigen Zweigen der kapitalproduzierenden Industrie, die wie erwähnt, als beste Repräsentantin für den Verlauf der Konjunktur gilt, so ergibt sich gemäß der nachstehenden zeichnerischen Darstellung folgendes Bild:

Die Zahl der Streiks in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und des Baugewerbes (die Maschinenindustrie, sowie die Industrie der Steine und Erden weist etwas gedämpfte Parallelbewegungen auf) zeigt zur Mitte des Jahres 1900 ein geringes Ansteigen der Streiks, verhältnismäßig gering im Vergleich mit dem außerordentlichen Höhepunkt der Konjunktur. Sodann nimmt bis zum Jahre 1901 die Zahl der Streiks ab, also in jenem Zeitpunkt, in dem auch die Konjunktur einen starken Rückschlag erfährt. Während die Periode der Depression nur zögernd in die des Aufschwungs überleitet, steigt die Zahl der Streiks vom Jahre 1901 an unterbrochen bis zur Mitte des Jahres 1903, um von hier ab äußerst steil bis zur Mitte des Jahres 1906 zu führen. Während zum mindesten die erste Hälfte des Jahres 1907 noch als Höhepunkt der Konjunktur bezeichnet werden kann, fällt schon im Jahre 1906 die Zahl der Streiks im Baugewerbe von über 1050 bis zur geringen Zahl von 425 in der Mitte des Jahres 1908, um sodann wieder steil anzusteigen.

Welche, zunächst mit größter Vorsicht zu behandelnden Schlüsse, können wir aus einem derartigen Verlauf der Streikkurve ziehen?

Die Aufschwungsperiode der Jahre 1898 und 1899, die naturgemäß eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften brachte, zog ein verhältnismäßig schwaches Steigen der Streiks nach sich, d. h. eine Politik der Ausnützung des Konjunkturaufschwunges wurde von den Gewerkschaften nur in geringem Maße betrieben. Der außerordentliche Höhepunkt der Konjunktur bleibt durch die Streikenden der Holzindustie und des Baugewerbes nahezu ungenutzt, mit dem Umschwung der Konjunktur senkt sich die Zahl der Streiks bis zur Mitte des Jahres 1901.

So brachte das Jahr 1899 achthundert Streiks in der kapitalproduzierenden Industrie, gerechnet nach nachfolgender Tabelle. Diese achthundert Streiks sind gleich 59,88 Prozent der Gesamtzahl der Streiks in sämtlichen Gewerbegruppen.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlich statistichen Reichsamtes stellte ich für jedes der Jahre 1899 bis 1913 folgende Tabelle zusammen:

Gesamtzahl der Streiks sämtl. Gewerbegruppen im Jahre 1899 = 1336

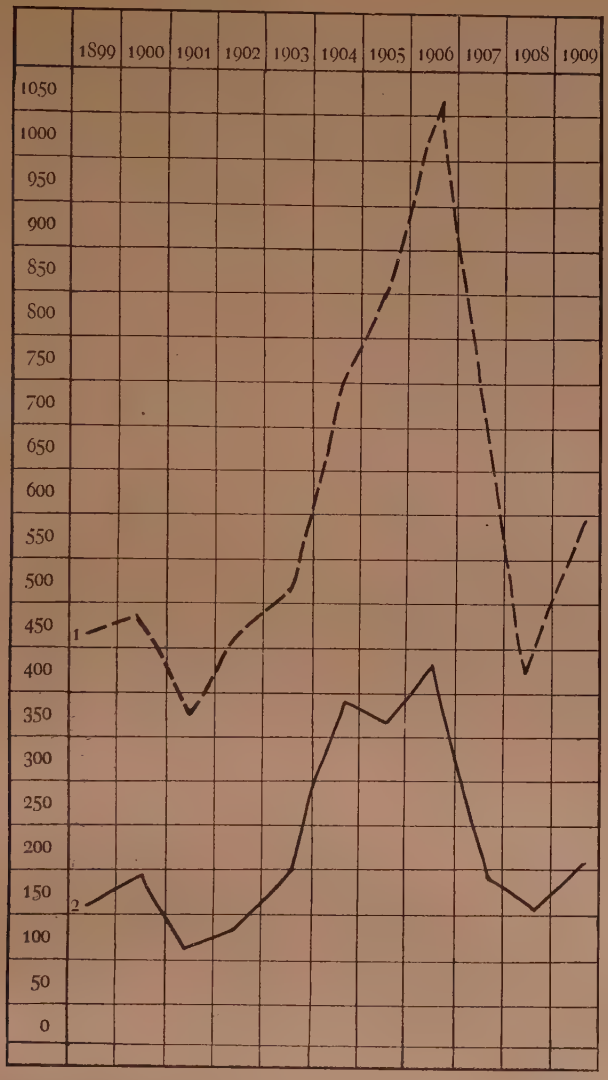
		Prozente der Gesamtstreiks
1. Baugewerbe	478	35,78
2. Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	163	17,20
3. Industrie der Steine und Erden	113	8,46
4. Industrie d. Maschinen u. Apparate	46	3,44
Gesamtzahl der Streiks in der kapitalproduzierenden Industrie	800	59,88 Prozent.

Die Zahl der Streiks der kapitalproduzierenden Industrie im Jahre 1900 betrug 837 = 59,71 Prozent der Gesamtzahl der Streiks, im Jahre 1901 637 = 59,48 Prozent der Gesamtzahl. Bis zum Jahre 1901 können wir demnach von einer Besonderheit in der Streikzahl der kapitalproduzierenden Industrie gegenüber der übrigen Industrie nicht reden. Es möge noch eine kurze Betrachtung folgen, was die Streikerfolge anbelangt.

In der kapitalproduzierenden Industrie hatten:

	Vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
1899	209	262	305
1900	199	175	394
1901	130	168	333

Die Beteiligung einiger wichtiger Gewerbegruppen an Streiks für die Jahre 1899 bis 1909



1 = Baugewerbe; 2 = Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Die Metallverarbeitung, die Maschinenindustrie und die Industrie der Steine und Erden weist nur wenig gedämpfte Parallelbewegungen auf, während Bergbau, Verkehrsgewerbe und Textilindustrie wesentlich gedämpfte Kurven zeigen

Diejenigen Streiks mit vollem Erfolg sowohl wie jene mit teilweisem, nehmen bereits im Jahre des Konjunkturhöhepunktes ab. Der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften ist demnach von seiten der Arbeitnehmer nicht zum Zwecke des Durchsetzens von Forderungen ausgenutzt worden.

Was die Streiks anbelangt, welche nachgewiesenermaßen unter Mitwirkung einer Berufsvereinigung geführt wurden, so bringt das Statistische Reichsamt folgende Tabelle:

	Vollen Erfolg in %	teilweisen Erfolg in %	keinen Erfolg in %
1899	25,0	41,0	34,0
1900	16,0	41,7	42,3
1901	16,3	31,2	52,5

Aus dieser Tabelle läßt sich ersehen, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit für den Aufschwung und die Kulmination der Konjunktur eher eine Minderung ihres Erfolges erfährt.

Zusammenfassend ist demnach über die Jahre 1899, 1900 und 1901 zu sagen:

1. Die Streiks weisen im Verhältnis zur Konjunktur nur eine geringe Steigerung auf.

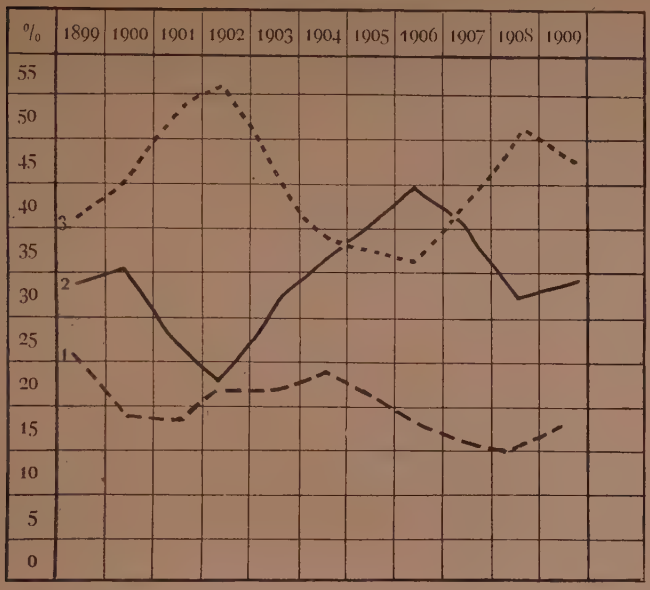
2. Die kapitalproduzierende Industrie tritt in keiner Weise durch ihre Streikziffern hervor.

3. Der Streikerfolg scheint mit steigender Konjunktur abzunehmen und bleibt in der einsetzenden Depressionsperiode zunächst unverändert.

Demnach kann bis 1901 von einer gewerkschaftlichen Politik der Konjunkturausnutzung nicht die Rede sein.

Vom Jahre 1902 ab bemerken wir in der deutschen Wirtschaftskurve ein durch eine Reihe kleinerer Rückschläge unterbrochenes Ansteigen zu einer neuerlichen Hochkonjunktur, die im Verlauf des Jahres 1907 kulminiert. Vergleichen wir die Periode der Jahre 1901 bis 1907 mit den entsprechenden Streikstatistiken, so ergibt sich nunmehr ein wesentlich anderes Bild als jenes der Jahre 1899 bis 1901. Das Baugewerbe sowie die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe weist für diese Jahre ein ungewöhnlich starkes Steigen der Streikfälle auf (die Zahlen bewegen sich zwischen 350 und 1075 im Baugewerbe und zwischen 100 und nahezu 400 in der Holzindustrie). Die beiden Kurven kulminieren in der Mitte des Jahres 1906, also einige Zeit vor der Kulmination der Gesamtkonjunkturkurve.

Erfolge der Streiks in den Jahren 1899 bis 1909
(Verhältniszahlen)



Kurve 1 bezeichnet die Streiks mit vollem Erfolg; Kurve 2 die mit teilweisem und Kurve 3 die Streiks, welche keinen Erfolg hatten

Betrachten wir den Prozentsatz, welchen die Streiks der kapitalproduzierenden Industrie im Verhältnis zur Gesamtzahl der Streiks aller Gewerbegruppen bilden:

	Gesamtzahl der Streiks	Streiks der kapitalproduz. Industrie	Prozente sämtlicher Streiks
1902	1084	728	67,2
1903	1405	885	62,9
1904	1908	1334	70,4
1905	2448	1549	63,1
1906	3378	1980	58,7
1907	2266	1232	54,4

Der Anteil der kapitalproduzierenden Industrie an der Gesamtzahl der Streiks nimmt bis zum Jahre 1904 ständig zu, erreicht die Höhe von 70,4 Prozent und geht sodann wieder zurück, wobei zu berücksichtigen ist, daß beispielsweise im Jahre 1906 die Gesamtzahl der Streiks außerordentlich hoch ist.

Die Streikerfolge in der kapitalproduzierenden Industrie weisen für die genannten Jahre folgende Reihe auf:

	Vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
1902	148	142	428
1903	200	270	374
1904	324	486	498
1905	364	594	460
1906	489	853	721
1907	205	524	503

Die absolute Zahl der Streiks in der kapitalproduzierenden Industrie steigt bis zum Jahre 1906 und sinkt sodann außerordentlich rapid. Die Erfolge der Streiks sämtlicher Gewerbegruppen weisen in dieser Periode, wie die obenstehende Tabelle zeigt, eine stark ansteigende Tendenz auf. Bis zur Mitte des Jahres 1904 steigen die vollen Erfolge, bis zur Mitte des Jahres 1906 steigt die Zahl der Streiks mit teilweisem Erfolg und die Zahl der Streiks mit keinem Erfolg weist bis zu diesem Jahre ein starkes Fallen auf.

Was die Erfolge der Streiks in der kapitalproduzierenden Industrie anbetrifft, so können wir feststellen, daß die teilweisen und vollen Streikerfolge bis zum Jahre 1906 zunehmen und im Jahre 1907 gegenüber den erfolglosen Streiks einen Rückschlag erfahren.

Für die unter Mitwirkung einer Berufsvereinigung geführten und beendigten Streiks gilt folgende Tabelle:

	Vollen Erfolg in %	teilweisen Erfolg in %	keinen Erfolg in %
1901	16,3	31,2	52,5
1902	19,9	25,0	55,1
1903	19,1	38,3	42,6
1904	22,1	42,1	35,8
1905	19,7	45,7	34,6
1906	17,4	49,1	33,5
1907	15,7	46,2	38,1

Auch diese Tabelle zeigt, daß die Gewerkschaften in ihren Streikbewegungen bis zu Beginn des Jahres 1907, also bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Höhepunkt der Konjunktur erreicht ist, stetig wachsende Streikerfolge aufzuweisen haben, besonders hinsichtlich der Streiks mit teilweisem Erfolg.

Ergebnis der statistischen Betrachtung für die Jahre 1902 bis 1907: In den genannten Jahren scheinen die Gewerkschaften die wirtschaftliche Lage erfaßt zu haben und suchen aus dieser Lage offenbar Vorteile bezüglich der Lohnforderungen zu ziehen. Die absolut besten Streikerfolge wurden zu Beginn und zur Mitte der Aufstiegs-

periode der Konjunktur erzielt. Die erzielten Erfolge scheinen im engsten Zusammenhang mit dem vorhandenen Angebot von Arbeitskräften zu stehen. So wiesen das Ende des Jahres 1905 und die ersten Monate des Jahres 1906 eine außerordentlich niedrige Andrangsziffer bei den Arbeitsnachweisen auf, diese Ziffer erhöhte sich im Laufe des Jahres 1906 um ein Geringes, um in den letzten Monaten des Jahres 1906 und zu Beginn des Jahres 1907 wiederum außerordentlich tief zu sinken.

Betrachten wir anschließend die Periode von 1907 bis 1913. Der Konjunkturverlauf der deutschen Wirtschaft weist für die Jahre 1907 bis zur Mitte des Jahres 1909 eine stete Depression auf, die vom Jahre 1910 ab in eine neuerliche Aufschwungsperiode überleitet.

	Gesamtzahl der Streiks	Streiks der kapitalproduz. Industrie	Prozente sämtlicher Streiks
1907	2266	1232	54,4
1908	1347	811	60,3
1909	1537	1613	65,9
1910	2113	1153	54,5
1911	2566	1419	55,3
1912	2510	1237	49,4
1913	2139	1276	60,0

In dieser Periode werden in der kapitalproduzierenden Industrie gerade in der Zeit der Depression und des Umschwunges prozentual die meisten Lohnkämpfe geführt, während die absolut höchste Streikzahl der kapitalproduzierenden Industrie in die erste Periode des Aufschwungs fällt. Diese Tatsache legt den Schluß nahe, daß hier Kämpfe geführt wurden, um den Arbeiter vor den Gefahren des wirtschaftlichen Tiefstandes zu schützen, da die Jahre 1908 und 1909 eine ganz besonders hohe Andrangsziffer bei den Arbeitsnachweisen aufzeigen.

In den folgenden Jahren des Aufstiegs macht sich sodann wieder wie in der vorhergehend behandelten Periode die Steigerung der Streikzahl in der kapitalproduzierenden Industrie bemerkbar. Es folgt nun die Betrachtung der Streikerfolge für die genannte Periode:

	Vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
1909	200	346	467
1910	256	505	392
1911	307	660	452
1912	264	204	449
1913	257	261	458

Im Beginn der Aufschwungsperiode von 1909 bis 1911 läßt sich wiederum eine starke Zunahme der vollen und teilweisen Streikerfolge feststellen, die sich jedoch zeitlich nicht bis zum Höhepunkt der neuerlichen Hochkonjunktur ausdehnt. Das Jahr 1911 brachte einen verhältnismäßig geringen Andrang bei den Arbeitsnachweisen, während das darauffolgende Jahr eine vorübergehende Steigerung des Andrangs bringt, der an der Wende des Jahres 1912 für kurze Zeit zurückgeht, um dann um so höher zu steigen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Lohnpolitik waren demnach in diesem Jahre nicht in dem Maße durch die Marktlage gegeben, wie in früheren Perioden des Aufschwungs.

Was die Erfolge der von den Gewerkschaften geführten Streiks anbelangt, so ergibt sich foldendes Bild:

	Vollen Erfolg in %	teilweisen Erfolg in %	keinen Erfolg in %
1908	14,8	34,7	50,5
1909	18,0	37,3	44,7
1910	19,7	47,1	33,2
1911	19,0	50,7	30,3
1912	15,2	42,6	42,2
1913	15,4	46,3	38,3

Auch die gewerkschaftlich erfolgreich geführten Streiks nehmen an Zahl nur bis zum Jahre 1911 zu, obwohl dieses Jahr noch nicht den Abschluß des Konjunkturaufschwungs brachte. Die Andrangsziffer bei den Arbeitsnachweisen blieb für den Höhepunkt der Konjunktur im Jahre 1913 außerordentlich hoch, so daß, wie wir schon bei der Besprechung der vorhergehenden Tabelle erwähnten, die gewerkschaftlichen Streikerfolge in starker Abhängigkeit von der Lage des Arbeitsmarktes zu stehen scheinen. Ein Konjunkturanstieg, wie ihn die Jahre vor dem Weltkrieg brachten, der nicht zu einem so ausgeprägten Mangel an Arbeitskräften führt, wie ihn etwa die Hochkonjunktur von 1907 zeitigte, erscheint offenbar für die Gewerkschaften wenig günstig ihre Forderungen mit Erfolg durchzusetzen, während in Jahren beginnenden Konjunkturaufschwungs, verbunden mit einer Verknappung der Arbeitskraft, die Gewerkschaften offensichtlich leichtes Spiel hatten, den Unternehmer zur Annahme der gestellten Forderung zu bestimmen.

Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung ist das Aufleben der Streiktätigkeit zu Zeiten des Tiefstandes oder Umschwunges der Konjunktur. Diese Erscheinung dürfte weniger als konjunktur-

politische Maßnahme aufgefaßt werden als vielmehr aus der Aufgabe der Gewerkschaften hervorgehen, die gebietet, den Arbeiter in Perioden wirtschaftlichen Tiefstandes vor wirtschaftlicher Not zu schützen. Dieses Ziel suchten die Gewerkschaften neben anderen Mitteln auch durch dasjenige des Streiks zu verwirklichen.

Eine ausgesprochene Lohnbewegung zur Ausnützung des Konjunkturaufschwunges im Sinne des Arbeiters zeigt sich gemäß der angeführten Statistiken zuerst für die Aufschwungsjahre vor dem Höhepunkt von 1907, während die Gewerkschaften von der vorhergegangenen Hochkonjunktur des Jahres 1900 wenig Notiz zu nehmen schienen. Vielleicht läßt dies darauf schließen, daß zwischen diesen beiden Perioden der Hochkonjunktur die Erkenntnis für die Bedeutung der jeweiligen wirtschaftlichen Lage in den Kreisen der Arbeiterführer erwacht ist, ohne daß jedoch die Rückwirkungen einer solchen Lohnpolitik auf die Wirtschaft bedacht wurden. Weit schwieriger ist es, den Grund zu finden, warum die neuerlichen Aufschwungsjahre vor dem Kriege ein anderes Bild bezüglich der Lohnkämpfe geben. Wir können hier einerseits die Möglichkeit einer wirschaftlichen Einsicht seitens der Gewerkschaften nicht außer Acht lassen, andererseits legt, wie schon erwähnt, die damalige Lage des Arbeitsmarktes den Schluß nahe, daß infolge der zur Zeit der Hochkonjunktur verhältnismäßig hohen Angebotsziffer an Arbeitskräften die Gewerkschaften nicht zur vollen Machtentfaltung kommen konnten.

18
66